

Frauen und Männer mit Behinderungen **- Geschlechtsspezifische Besonderheiten in der Lebenssituation** **von Menschen mit Behinderungen -**

Es war und ist ein zentrales Anliegen der Sozialpolitik des Landes Sachsen-Anhalt, Frauen und Männern mit Behinderungen eine umfassende Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen und Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zu entwickeln und zu gestalten.

Ausgehend von den spezifischen Bedürfnis- und Interessenlagen sowie den konkreten Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen, die u.a. in Untersuchungen wie dem „Behindertenreport“ der Jahre 1993 und 2001 systematisch erfasst und analysiert wurden, ist es gelungen, Behinderten in Sachsen-Anhalt zunehmend eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Innerhalb einer weiteren Normalisierung der Lebensverhältnisse steht eine behindertenbezogene Sozialpolitik dabei auch künftig vor der Aufgabe, den Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen möglichst umfassend und zielgruppengerecht zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund hat sie auch in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren dafür Sorge zu tragen, dass die zwar gegebenen, aber doch sehr begrenzten materiellen und finanziellen Ressourcen gezielt für Frauen und Männer mit Behinderungen eingesetzt werden, um einerseits den Schwerpunkten einer modernen Politik für behinderte Menschen gerecht zu werden und andererseits den Bedürfnissen und berechtigten Erwartungen der Betroffenen im größtmöglichen Umfang entgegenzukommen. Zur präzisen Bestimmung der Ansatzpunkte erweist es sich dabei als notwendig, die reale Lebenslage der Menschen mit Behinderungen geschlechtsspezifisch zu erfassen und Tendenzen der Veränderung in den Grunddaten empirisch zu beleuchten.

Entsprechend dieser Ausgangssituation wurde auf Basis der Daten des „Behindertenreport 2001“ gezielt eine Analyse der Lebenssituation von Frauen und Männern mit schweren Behinderungen¹ durchgeführt. Grundlage der Untersuchung bildete eine Befragung unter 1.739 aus dieser Personengruppe repräsentativ ausgewählten ProbandInnen in Sachsen-Anhalt (857 Frauen, 882 Männer), die zu Beginn des Jahres 2001 stattfand. Innerhalb der Forschung wurde gesondert die Lebenssituation von berufstätigen und nichtberufstätigen Frauen und Männern mit Behinderungen betrachtet, auf die im nachfolgenden Text jeweils differenziert eingegangen wird. Neben der Reproduktion aktueller Befunde aus der im Jahr 2001 durchgeführten Untersuchung wird dort, wo interessante Entwicklungen zu verzeichnen sind, ein Vergleich zu den Daten aus dem Jahr 1993 hergestellt. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen neben einem Überblick zu den sozialdemographischen Merkmalen, die Analyse der sozialökonomischen Rahmenbedingungen und lebensweltlicher Zusammenhänge von Menschen mit Behinderungen sowie Fragen in Verbindung mit der Situation von Behinderten in der Arbeitswelt.

¹ Zu Menschen mit *schweren Behinderungen* zählen alle Behinderten mit einem Grad der Behinderung (GdB) größer/gleich 50 Prozent, wobei Behinderte mit einem GdB ab 30 Prozent Schwerbehinderten gleichgestellt werden können.

Sozial-demographische Merkmale von Menschen mit schweren Behinderungen

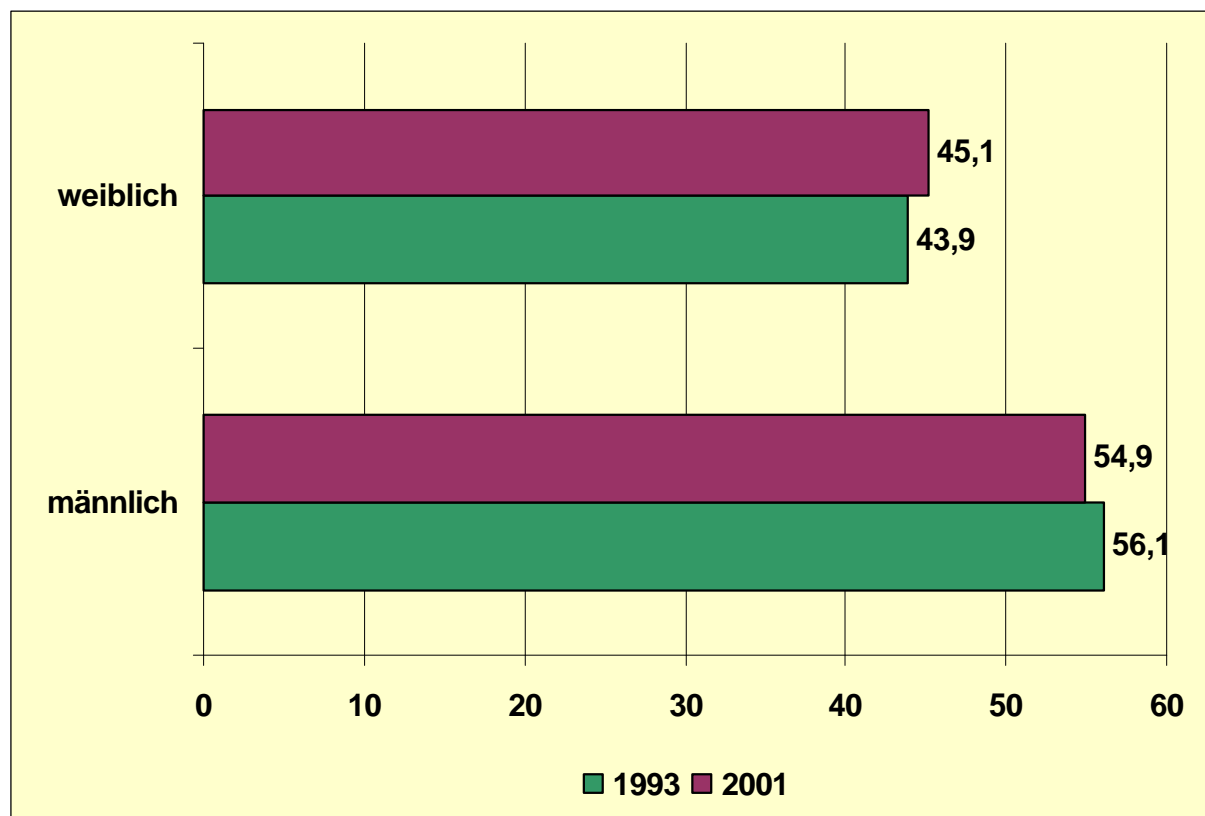
Die nachfolgenden Daten und Interpretationen beziehen sich auf Geschlecht, Alter, Familienstand sowie die Kinderzahl der befragten Frauen und Männer mit schweren Behinderungen.

Geschlechterstruktur

Die Ergebnisse verdeutlichen wie in der Erhebung aus dem Jahr 1993, dass beide Geschlechter nahezu gleich von Behinderung betroffen sind (weiblich 1993 = 49,1 Prozent, weiblich 2001 = 49,3 Prozent, männlich 1993 = 50,9 Prozent, männlich 2001 = 50,7 Prozent).

Offensichtlich tritt durch das spätere Entstehen von Behinderungen und die höhere Lebenserwartung von Frauen ein statistischer Ausgleich jenes Phänomens auf, das Jungen vor allem in der frühkindlichen Entwicklung deutlich häufiger mit Problemen des Behindertseins (Körperbehinderungen, geistige Behinderungen, Autistisches Syndrom) belastet zeigt.

Diagramm 1: Geschlecht berufstätiger Menschen mit schweren Behinderungen in den Jahren 1993 und 2001 (Angaben in Prozent)



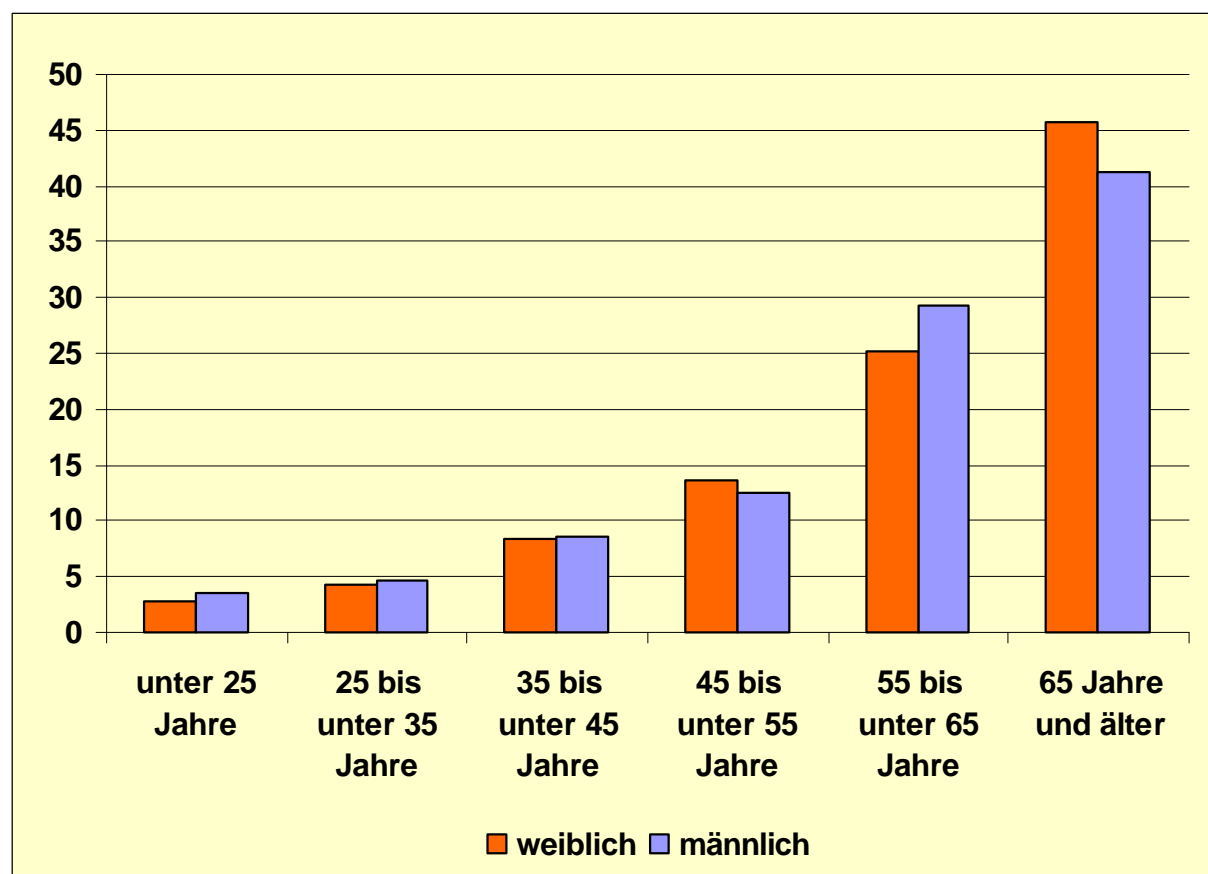
Quelle: Behindertenreport, 2001

Mit Blick auf die Berufstätigkeit der schwerbehinderten Menschen stellt sich die Geschlechterverteilung anders dar. So sind von den berufstätigen schwerbehinderten Menschen in Sachsen-Anhalt 45,1 Prozent weiblich und 54,9 Prozent männlich. Im Vergleich zu 1993 hat sich der Anteil der Frauen leicht erhöht (43,9 Prozent). Die Wirkung spezieller Förderprogramme kann angenommen werden, ohne dass damit die Problematik zufriedenstellend gelöst wäre (vgl. Diagramm 1).

Altersstruktur

Von schweren Behinderungen sind alle Altersgruppen der Gesellschaft betroffen, wenngleich sich, wie der entsprechenden Tabelle zu entnehmen ist, deutlich mehr Personen im höheren Lebensalter in der Gruppe der Schwerbehinderten befinden. Signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind dabei nicht zu erkennen.

Diagramm 2: Altersstruktur von schwerbehinderten Frauen und Männern (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

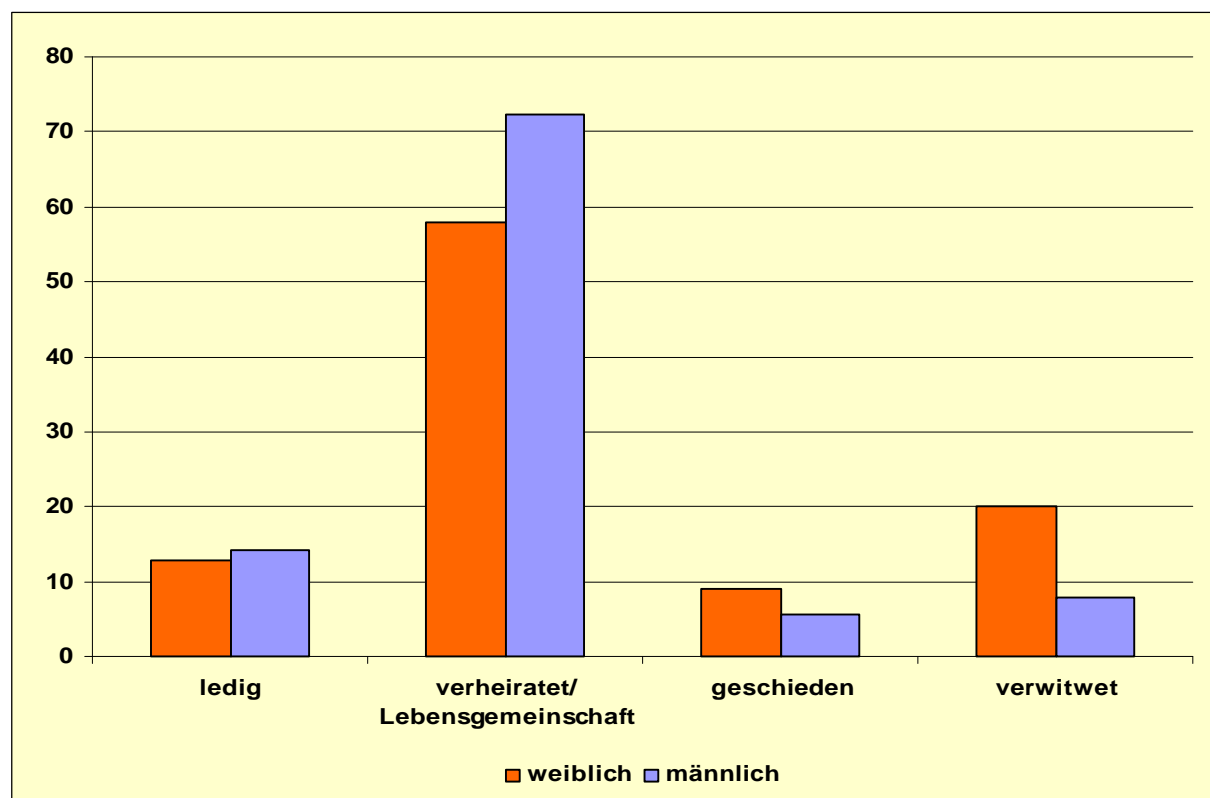
Die dargestellte Altersverteilung bildet sich in gewissem Umfang auch in den Daten zum „Zeitpunkt des Eintritts einer Behinderung“ ab. Allein in den biografischen Abschnitten nach dem 40. Lebensjahr sind bei mehr als 56 Prozent der Befragten erst die Gegebenheiten einer Schwerbehinderung entstanden, bei Frauen dabei in signi-

fikant stärkerem Umfang als bei Männern. Allerdings stellt sich die zeitliche Verteilung der Entstehung des Handicaps mit Blick auf einzelne Formen der Behinderung sehr unterschiedlich dar. So sind beispielsweise in der Gruppe von Menschen mit geistiger Behinderung die Sachverhalte einer frühkindlichen Schädigung dominant. Mit Blick auf die Berufstätigkeit der schwerbehinderten Personen (13,5 Prozent) lässt sich festhalten, dass die Altersverteilung 2001 nahezu alle Lebensabschnitte der erwerbsrelevanten Biographie relativ gleichmäßig erfasst (unter 25 Jahren 12,8 Prozent, 55 bis u. 65 Jahre 22,1 Prozent). Dieser Sachverhalt unterscheidet sich von den Ergebnissen des Jahres 1993, in denen sich die Berufstätigkeit auf die Gruppen bis zum 45. Lebensjahr konzentrierte. Eine Verbesserung in der Arbeitsplatzsicherung auch für beschäftigte Schwerbehinderte ist deutlich erkennbar. Eine Auswertung unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten zeigt allerdings, dass es hauptsächlich Männer sind, die von dieser Entwicklung profitieren, da in den höheren Altersgruppen der Anteil berufstätiger Frauen mit Behinderungen deutlich zurückgeht.

Familienstand

Die Mehrheit der Schwerbehinderten ist verheiratet oder lebt in anderen Formen der Lebensgemeinschaft (65,1 Prozent). Der Anteil Lediger ist unter den Berufstätigen (37,4 Prozent) höher als unter den Nichtberufstätigen (9,5 Prozent).

Diagramm 3: Familienstand von schwerbehinderten Frauen und Männern (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

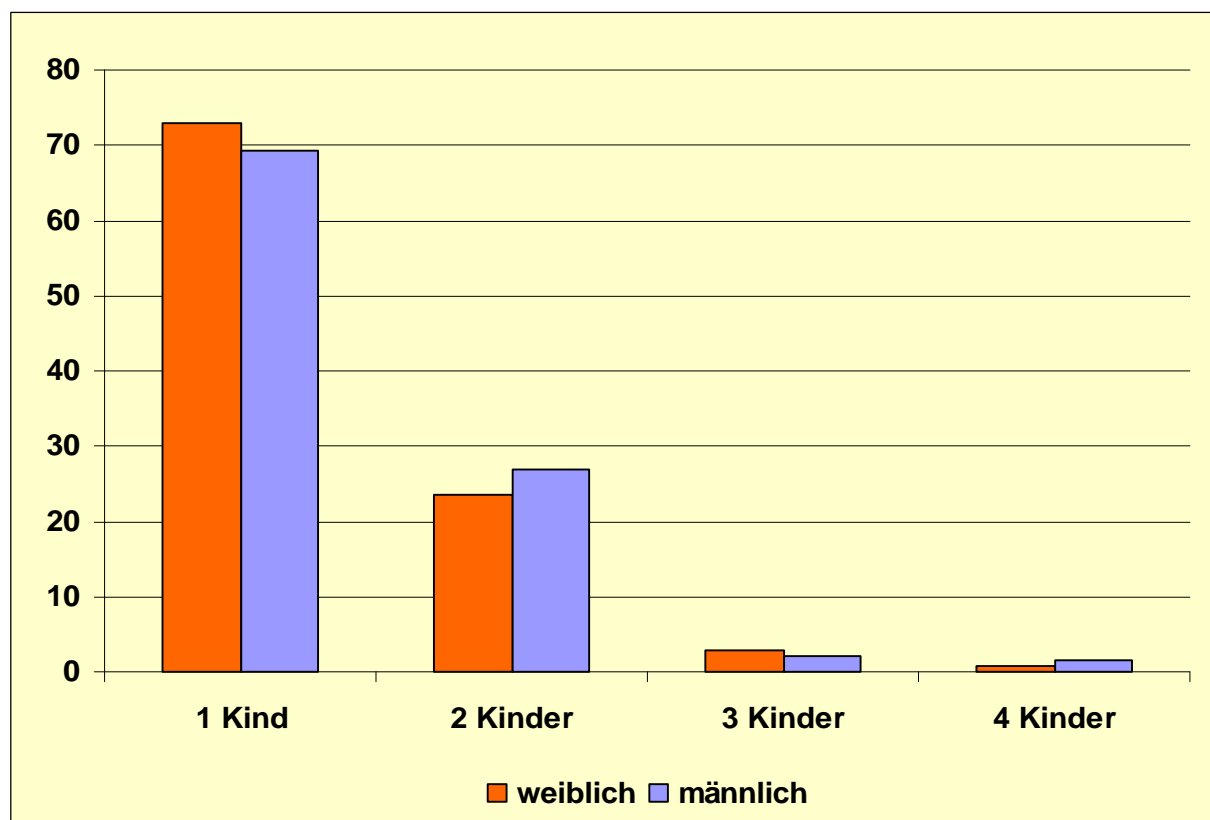
7,3 Prozent der befragten Menschen mit schweren Behinderungen sind geschieden, 14,0 Prozent verwitwet. Relevante Unterschiede zu den Erhebungen im Jahr 1993 ergeben sich mit Blick auf die Ledigenanteile unter den berufstätigen Behinderten, die deutlich angestiegen sind (von 24,9 Prozent auf 37,4 Prozent).

Innerhalb einer Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang dahingehend, dass Männer häufiger verheiratet sind oder in eheähnlichen Gemeinschaften leben (72,3 Prozent) als Frauen (57,9 Prozent). Demgegenüber ist sowohl die Gruppe der geschiedenen Schwerbehinderten (weiblich: 9,1 Prozent, männlich: 5,6 Prozent) als auch die der Verwitweten (weiblich: 20,1 Prozent, männlich: 7,9 Prozent) deutlich stärker von Frauen besetzt. Obwohl auch unter der Gesamtbevölkerung Frauen in größerem Umfang allein leben als Männer, sollte der Frage, weshalb behinderte Frauen in geringerem Maße in PartnerInnenschaft leben, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des erhöhten Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen in künftigen Untersuchungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Kinderzahl

Etwa drei Viertel aller befragten Menschen mit schweren Behinderungen haben Kinder (76,8 Prozent). Diese Zahl liegt in der Nähe des Wertes von 1993 (71,9 Prozent).

Diagramm 4: Anzahl der Kinder von schwerbehinderten Frauen und Männer (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Veränderungstrends sind statistisch (noch) nicht erkennbar. In der Mehrzahl handelt es sich um ein Kind (71,3 Prozent), zwei Kinder sind mit 25,1 Prozent in den Angaben ausgewiesen. Unterschiede hinsichtlich der Kinderzahl sind zwischen Frauen und Männern nicht feststellbar.

Differenzierter wird das Bild, wenn man die Unterscheidung zwischen der Lebenssituation berufstätiger und nichtberufstätiger Schwerbehinderter zugrunde legt. Von den berufstätigen schwerbehinderten Menschen haben 54,7 Prozent Kinder, im Haushalt leben 76,1 Prozent (ein Kind) bzw. 22,5 Prozent (2 Kinder). Die nichtberufstätigen schwerbehinderten Menschen geben zu 80,9 Prozent an, dass sie Kinder in der Familie haben, darunter sind Ein-Kind-Familien mit 69,5 Prozent und Zwei-Kind-Familien mit 26,0 Prozent vertreten. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass Berufstätigkeit und Kinderzahl besonders bei Menschen mit Behinderungen negativ korrelieren, was für Frauen und Männer gleichermaßen gilt. Diese deutlichen Unterschiede können nicht aus der Zugehörigkeit zu Alterskohorten erklärt werden. Sie resultieren – ähnlich wie bei Nichtbehinderten – aus den im Zuge von Transformationsprozessen veränderten Erwerbsbiographien, die auch in einem höheren Anteil Lediger unter den Berufstätigen zum Ausdruck kommen. Die Differenz zwischen beiden Gruppen ist erheblich größer als 1993 (69,3 Prozent zu 73,2 Prozent).

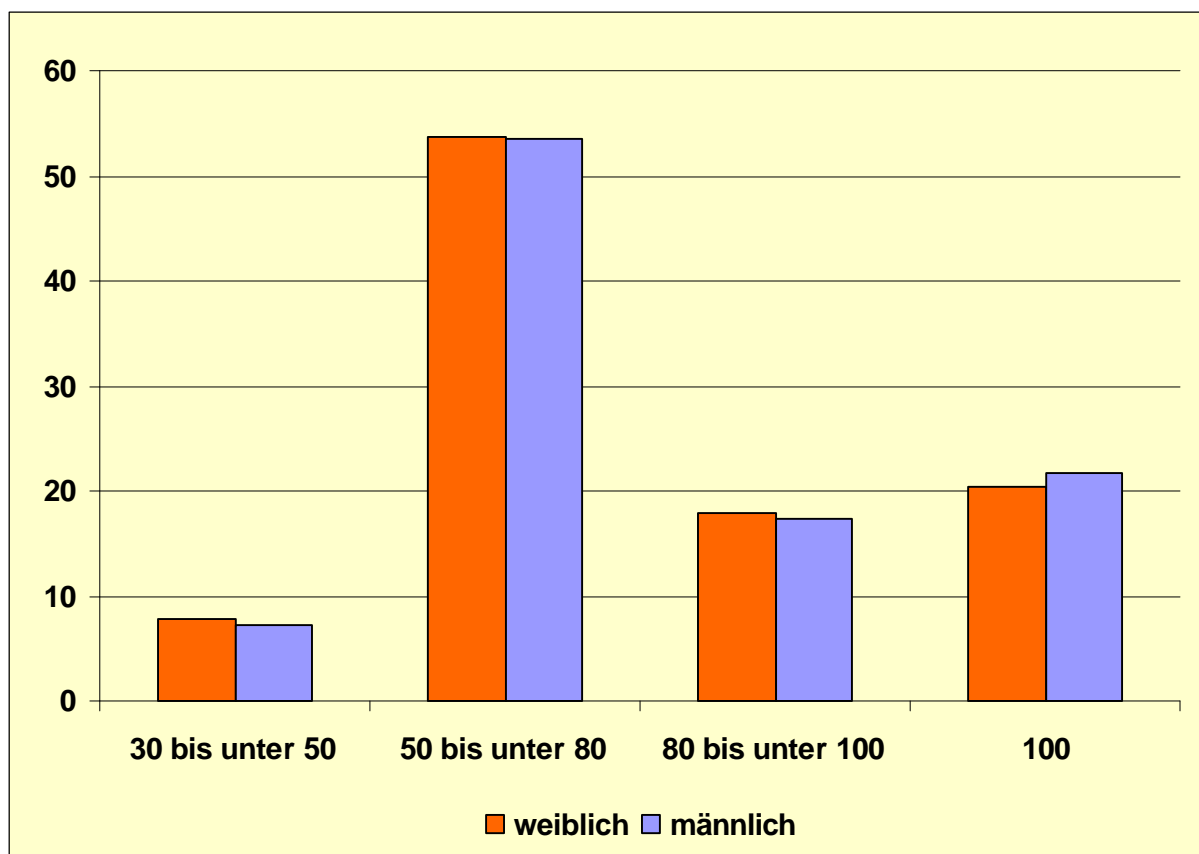
Behinderungen

Die Lebenssituation von Menschen mit schweren Behinderungen ist in starkem Maße von der Art ihrer Behinderung und dem Grad der Ausprägung des Handicaps abhängig. Neben den physischen Einschränkungen, die den Alltag nachhaltig beeinflussen und die Entwicklungsmöglichkeiten in aller Regel beschränken, sind es die psychischen Momente des subjektiven Erlebens, die auf die Zufriedenheit mit der Lebenssituation wirken und Probleme in der Bewältigung von Schwierigkeiten noch verstärken.

In einem Report zur Lebenslage spielen jedoch die Auswirkungen des „Behindertwerdens“ eine zentrale Rolle, und zwar insbesondere die daraus resultierenden sozialen Probleme. Aus diesem Grund sollen die Erhebungen des Jahres 2001 differenzierter als im Jahr 1993 über die unterschiedlichen Individuallagen Auskunft geben, bevor in den folgenden Abschnitten Rahmenbedingungen zur Darstellung gelangen. Vom Grad der Behinderung (GdB) her wird zunächst deutlich, dass auch in der im Jahr 2001 durchgeführten Erhebung Personen mit einem Behinderungsgrad zwischen 50 und 80 Prozent am häufigsten vertreten sind. Zu erkennen ist jedoch auch, dass gegenüber dem Jahr 1993 eine deutliche Erhöhung des Anteils von Behinderten in der Gruppe mit einem GdB von 100 (1993 – 15,3 Prozent) zu verzeichnen ist. Der Anteil von Frauen und Männern in den einzelnen Gruppen unterscheidet sich dabei nur unwesentlich (vgl. Diagramm 5).

In Tabelle 1 wurde versucht die häufigsten Arten der Behinderung zu gruppieren, wobei einzelne Probleme der Zuordnung hier nicht diskutiert werden können.

Diagramm 5: Grad der Behinderung (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Tabelle 1: Arten der Behinderung (Angaben in Prozent)

Art der Behinderung	weiblich	männlich	gesamt
Lähmungen, Bewegungsstörungen	36,0	41,9	38,9
Gefäß- und Organerkrankungen, Erkrankungen des ZNS	25,5	23,1	24,3
Chronisch Kranke	13,4	7,2	10,3
Blinde, Sehschwache	9,0	5,8	7,4
Mehrfachbehinderung	6,9	7,6	7,2
Gehörlose, Schwerhörige	4,1	6,6	5,4
Geistige Behinderung	2,9	3,2	3,0
Sonstige	0,7	2,9	1,8
Psychische Behinderung	1,2	1,7	1,4
Sprachbehinderung	0,1	-	0,1
Lernbehinderung	0,1	-	0,1

Quelle: Behindertenreport, 2001

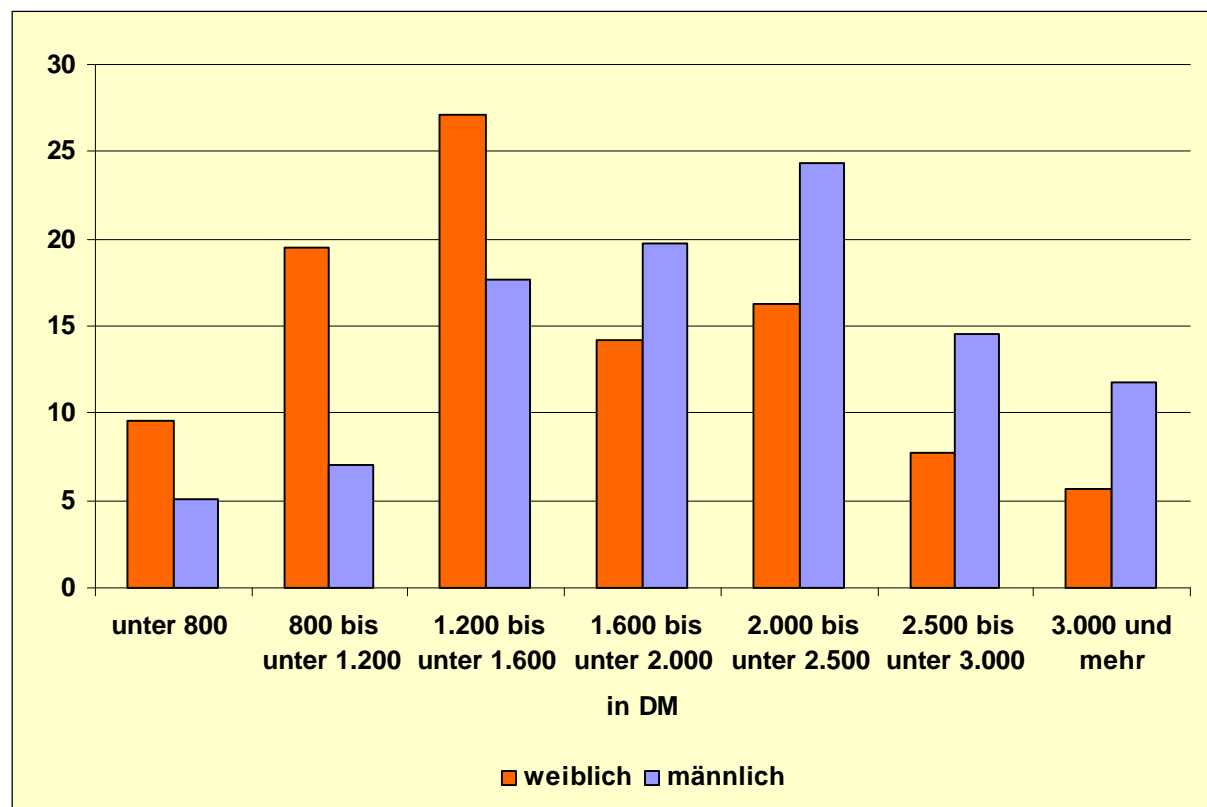
Sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und die Lebenswelt von Menschen mit schweren Behinderungen

Die Erhebungen zum Behindertenreport 2001 haben verschiedene Faktoren zu erfassen versucht, die im Sinne von Rahmenbedingungen wirken oder als Indikatoren für die subjektive Lebensqualität angesehen werden können. Die Befunde sind außerordentlich differenziert. Im Sinne von Grundsachverhalten soll im folgenden auf das Nettoeinkommen, die Wohnsituation, die territoriale Einbindung, die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und die damit verbundenen Zukunftsaussichten sowie die soziale Stellung in ihrer jeweiligen subjektiven Bewertung eingegangen werden. Daran schließt sich die Darstellung von Befunden an, die speziell zur Beratung, Betreuung und Begleitung von Menschen mit Behinderungen erhoben wurden.

Nettoeinkommen

Der Behindertenreport 1993 kam zu der Feststellung, dass sich die Einkommenssituation von schwerbehinderten Menschen deutlich unterhalb der durchschnittlichen finanziellen Situation von BürgerInnen des Landes Sachsen-Anhalt bewegt.

Diagramm 6: Monatliches Nettoeinkommen von schwerbehinderten Frauen und Männern (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Diese Diskrepanz war vor allem für jene Menschen gegeben, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten (80,3 Prozent aller Schwerbehinderten hatten ein Nettoeinkommen von weniger als 1.600,- DM monatlich; 10,6 Prozent verfügten über mehr als 1.600,- DM im Monat und lediglich 9,1 Prozent über mehr als 2.000,- DM monatlich). Die Auswertung der Befragungen aus dem Jahr 2001 zeichnet ein deutlich verändertes Bild. Die nichtberufstätigen Schwerbehinderten haben deutlich höhere Einkünfte als 1993, etwa 60 Prozent verfügen über 1.600,- DM netto monatlich und mehr; allerdings zeigen die Erhebungen auch, dass 6,3 Prozent mit weniger als 800,- DM und 11,7 Prozent mit weniger als 1.200,- DM netto monatlich sehr enge Spielräume in der Lebensgestaltung meistern müssen. Auffällig ist dabei, dass insbesondere nichtberufstätige schwerbehinderte Frauen in den unteren Einkommensgruppen zu finden sind. Hier sind es 9,8 Prozent, die über weniger als 800,- DM an Nettoeinkünften verfügen (Männer: 2,9 Prozent) und 20,1 Prozent, die weniger als 1.200,- DM an Einnahmen aufweisen (Männer: 6,8 Prozent). Während von allen Frauen 41,5 Prozent pro Monat über mehr als 1.600,- DM verfügen, beläuft sich der Anteil von Männern in dieser Einkommensgruppe auf 72,3 Prozent. Die schwierige finanzielle Situation nichtberufstätiger behinderter Frauen bedarf künftig besonderer Aufmerksamkeit, wobei in weiterführenden Untersuchungen die Gründe für das dargestellte Ungleichgewicht differenziert hinterfragt werden sollten.

Bei den berufstätigen Schwerbehinderten signalisiert ein Mittelwert von fast 2.000,- DM Nettoeinkommen die Grundsituation, wobei in der Verteilung 9,4 Prozent mit mehr als 2.500,- DM und 17,6 Prozent mit mehr als 3.000,- DM netto monatlich zu Buche stehen. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen von berufstätigen schwerbehinderten Frauen liegt mit 1.917 DM zwar knapp 150 DM unter dem der Männer (2.065 DM), weist jedoch in den einzelnen Einkommensgruppen keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede auf, wie sie für nichtberufstätige Schwerbehinderte festgestellt wurden. Insgesamt verdeutlichen die für berufstätige Schwerbehinderte ermittelten Werte eine positive Einkommensentwicklung in den zurückliegenden Jahren, ohne dass damit jedoch die statistischen Unterschiede zu berufstätigen Nichtbehinderten auch nur annähernd überwunden wären. Der gleichwohl sehr stark gestiegene Zufriedenheitswert mit der finanziellen Situation spiegelt dabei die subjektive Verarbeitung dieser positiven Tendenz wider.

Wohnsituation und territoriale Einbindung

Die befragten Menschen mit schweren Behinderungen vermitteln die Einsicht, dass im Zusammenhang mit ihrer Wohnsituation ein hoher Grad der Zufriedenheit gegeben ist. Im Rahmen der postalischen Befragung zeigt sich, dass 21,9 Prozent allein in einer Wohnung leben, 67,5 Prozent mit ihrer Familie eine solche bewohnen, 5 Prozent bei den Eltern leben und nur 5,2 Prozent in Heimen oder Wohngemeinschaften untergebracht sind. Von allen schwerbehinderten Frauen leben 27,8 Prozent allein, während sich der Anteil der Männer, die allein wohnen, lediglich auf 16,2 Pro-

zent beläuft. Männliche Schwerbehinderte leben häufiger mit der Familie in einer Wohnung (72,4 Prozent aller Männer gegenüber 63,1 Prozent aller Frauen) oder bei den Eltern (7,1 Prozent aller Männer gegenüber 3,1 Prozent aller Frauen).

Der Fragebogenrücklauf vermittelt, relativ unabhängig von Berufstätigkeit/ Nichtberufstätigkeit oder dem Geschlecht, dass mehr als 80 Prozent der Personen ihre Wohnbedingungen als „voll und ganz genügend“ einschätzen (behindertengerechte Küchenausstattung 81,0 Prozent, behindertengerechte Sanitäreinrichtungen 76,9 Prozent, behindertengerechte Türen und Fußböden 81,0 Prozent, Möblierung 84,6 Prozent, behindertengerechte Zugänge 71,1 Prozent). Die Einschätzung „genügt nicht“ wird selten vorgenommen und erreicht bei der Bewertung des Zugangs (Wege, Hausflur, Treppe, Aufzug) mit 5,6 Prozent den höchsten Wert. Insgesamt weisen die Ergebnisse zur Wohnsituation für Frauen und Männer gleichermaßen eine positive Entwicklung im Vergleich zu 1993 auf, wo ein durchschnittlicher Akzeptanzwert von ca. 70 Prozent festzustellen war. Die Konsolidierung äußerer Lebensbedingungen hat sich zweifelsfrei fortgesetzt.

Wesentlich für die Gestaltung des Lebens und für die Prozesse der Integration ist es auch, die territorialen Bedingungen zu berücksichtigen. Dazu liefert die Erhebung einige Rahmendaten, auf die kurz eingegangen werden soll. So leben 33,0 Prozent der Befragten im Regierungsbezirk Halle, 48,2 Prozent im Regierungsbezirk Magdeburg und 18,6 Prozent im Regierungsbezirk Dessau.

Bei der Größe der Wohnorte wird deutlich, dass nur 9,1 Prozent der Behinderten in Dörfern mit einer Einwohnerzahl unter 500 zu Hause sind, während sich ihr Anteil relativ gleichmäßig auf die anderen Größenordnungen verteilt (unter 2.000 = 18,7 Prozent; unter 20.000 = 24,7 Prozent; unter 100.000 = 28,2 Prozent; 100.000 und mehr = 19,3 Prozent).

Aus diesen Sachverhalten kann man schließen, dass eine indirekte Isolation durch abgeschiedene Wohnplätze kaum eine Rolle spielt.

In der territorialen Eingebundenheit sind keine signifikanten Unterschiede zwischen Berufstätigen/Nichtberufstätigen oder Frauen und Männern auszumachen. Auch regionale Standortvorteile können durch die Erhebung statistisch nicht belegt werden.

Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation

Wie im Behindertenreport 1993, so spielt auch bei der neuerlichen Erhebung die Frage nach der subjektiven Widerspiegelung von Lebensqualität eine ganz wesentliche Rolle. Materielle und finanzielle Veränderungen werden von Menschen mit schweren Behinderungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher individueller Voraussetzungen ausgesprochen sensibel wahrgenommen und führen erst durch eine Verinnerlichung zu positiven, lebensbejahenden Bewusstseinszuständen.

Die Erhebung erfasst diese Prozesse recht differenziert, da sie nicht nur die allgemeine Zufriedenheit erfragt, sondern auch Belange wie Freizeitgestaltung, familiäre Situation, politische Betätigung, finanzielle Lage, Stellung in der Gesellschaft,

berufliche Situation und medizinisch-therapeutische Betreuung thematisiert. Generell zeichnet sich auf vielen dieser Felder eine Zunahme an Lebensqualität ab.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit der Lebenssituation (Angaben in Prozent)

Zufriedenheit mit der ...	weiblich				männlich			
	zufrieden	weder zufrieden noch unzufrieden	unzufrieden	weiß nicht/ trifft nicht zu	zufrieden	weder zufrieden noch unzufrieden	unzufrieden	weiß nicht/ trifft nicht zu
familiären Situation	73,5	14,7	7,9	3,9	77,6	12,9	6,2	3,3
persönlichen finanziellen Situation	40,5	28,4	28,6	2,6	45,2	26,1	28,0	0,7
persönlichen Situation	36,5	41,5	22,0	-	42,0	40,6	17,4	-
medizinisch-therapeutischen Hilfe für Behinderte	36,7	28,3	25,9	9,0	41,4	27,4	21,0	10,3
Freizeitgestaltung am Wohnort	31,7	21,9	21,9	24,4	30,0	27,7	22,9	19,4
Betreuung/ Beratung von Behinderten	26,0	27,9	30,0	16,1	25,7	30,5	28,5	15,2
Stellung Behinderter in der Gesellschaft	19,2	31,5	32,2	17,2	22,1	35,3	30,4	12,2
eigenen gesundheitlichen Situation	22,8	29,5	46,8	0,9	23,1	35,4	41,0	0,6
Möglichkeit der politischen Betätigung	12,3	16,5	9,9	61,3	17,4	19,7	11,9	51,0
beruflichen Zukunftsaussicht	6,0	7,9	19,2	66,8	6,7	7,1	22,6	63,6

Quelle: Behindertenreport, 2001

So sinkt der Anteil an Unzufriedenheit mit der persönlichen Situation gegenüber 1993 um 8,0 Prozent, die Freizeitangebote haben sich beträchtlich entwickelt und werden von 55,6 Prozent als positiv eingeschätzt. Zufriedenheit mit der familiären Situation bekunden 89,4 Prozent der Befragten. Möglichkeiten zur politischen Betätigung sehen 33,0 Prozent als realistisch an. Die finanzielle Lage beurteilen 70,1 Prozent positiv, wobei sich in dieser Datengruppe die berufstätigen Schwerbehinderten nicht deutlich durch ein höheres Maß an Zufriedenheit auszeichnen. Offensichtlich spielen dabei Erwartungshorizonte einer angemessenen Entlohnung eine kritische Rolle. Signifikante Unterschiede zwischen den Zufriedenheitswerten von Frauen und Männern lassen sich nicht feststellen.

Der Behindertenreport 2001 verdeutlicht erneut, dass die mangelhaften Möglichkeiten zur Ausübung eines Berufes oder einer wertschöpfenden Arbeit einen starken Einfluss auf die subjektive Befindlichkeit haben. So bewerten die berufstätigen Schwerbehinderten ihre beruflichen Zukunftsaussichten mit 29,6 Prozent als positiv und mit 25,3 Prozent als ausreichend. Diese Einschätzung ist bei den nichtberufstätigen Schwerbehinderten verständlicher Weise nicht anzutreffen. Hier bildet sich das Erleben einer beruflichen Perspektivlosigkeit – bei Frauen und Männern annähernd gleich - auch statistisch auf drastische Weise ab. 18,6 Prozent artikulieren Unzufriedenheit, 74,4 Prozent sind nicht zu einer prognostischen Aussage über mögliche Beruflichkeit bereit oder in der Lage.

Die skizzierte Problematik ist nicht allein aus der allgemeinen Arbeitsmarktsituation in Sachsen-Anhalt erklärt. Hier bilden sich auch die Defizite im Angebot von speziellen Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte ab. Und schließlich kann nicht außer Betracht gelassen werden, dass von den 1.476 erfassten nicht berufstätigen Behinderten 31,6 Prozent aufgrund der Schwere ihrer Behinderung nicht arbeitsfähig sind und sich eine erhebliche Zahl der Befragten in Altersrente befand.

Im Unterschied zum Behindertenreport 1993 wurde versucht, mittels geeigneter Items differenzierter in die Probleme gesellschaftlicher Akzeptanz und Eingebundenheit einzudringen. Aus dem vielfältigen Datenmaterial soll exemplarisch hervorgehoben werden, dass nur 13,2 Prozent der Befragten die Stellung Behinderter in der Gesellschaft optimistisch beurteilen (Frauen: 12,8 Prozent, Männer: 13,7 Prozent), 39,2 Prozent sind abwägend im Urteil (Frauen: 37,6 Prozent, Männer: 40,7 Prozent) und 29,7 Prozent äußern sich eindeutig pessimistisch (Frauen: 29,4 Prozent, Männer: 30,1 Prozent). Dagegen verdeutlichen die Bemerkungen zur Stellung in der Familie und zum Verständnis im FreundInnen- und Bekanntenkreis mit 74,4 Prozent bzw. 61,8 Prozent deutlich optimistische Sicht- und Erlebensweisen, wobei Frauen und Männer sich nicht signifikant unterscheiden.

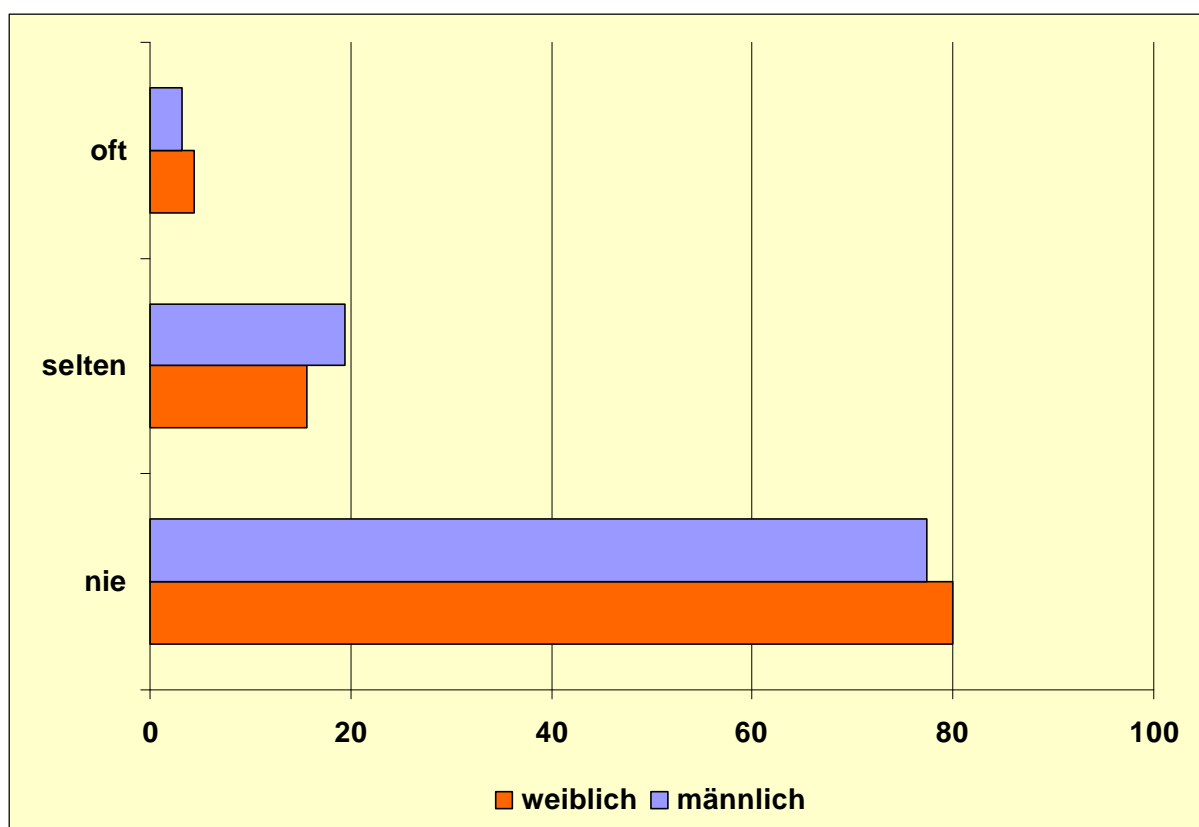
Tabelle 3: Nutzung von Möglichkeiten zur Einbindung in das gesellschaftliche Leben trotz Behinderung (Angaben in Prozent)

Nutzung aller Möglichkeiten trotz Behinderung	weiblich	männlich
trifft zu	38,6	47,6
trifft teilweise zu	46,2	42,3
trifft nicht zu	13,2	8,6
weiß nicht	2,0	1,5
Gesamt	100,0	100,0

Quelle: Behindertenreport, 2001

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Haltung, trotz der Behinderung alle gebotenen Möglichkeiten nutzen zu wollen (43,0 Prozent uneingeschränkte Zustimmung), wobei Frauen hier ein signifikant geringeres Aktivitätspotenzial erkennen lassen als Männer. Hier spiegelt sich ganz sicher gewachsenes Selbstbewusstsein wider, für dessen Herausbildung unterschiedliche Ursachen zu erwägen sind (Selbsterfahrung, Verbände, Selbsthilfegruppen, Assistenz und Beratung), die jedoch für Frauen noch nicht in gleicher Weise zur Wirkung gelangen wie bei Männern. Letzteres sollte Anlass sein, in weiterführenden Analysen zu prüfen, ob und inwieweit existierende Angebote bereits ausreichend die Bedürfnis- und Interessenlagen von Frauen berücksichtigen bzw. worin Ursachen für das geringere Engagement bestehen. Die Erhebungen reflektieren auch – unabhängig vom Geschlecht - die Auffassung, dass durch begrenzte materielle Möglichkeiten die Chancen zur sinnvollen Lebensgestaltung begrenzt sind (trifft zu = 33,8 Prozent; trifft teilweise zu = 41,7 Prozent; trifft nicht zu = 18,4 Prozent). Bei einer Differenzierung des Datenmaterials nach den Gruppen berufstätiger bzw. nichtberufstätiger Schwerbehinderter wird deutlich, dass die Berufstätigen die sozialen Möglichkeiten und Gegebenheiten durchgängig optimistischer einschätzen. Darin spiegelt sich die grundsätzlich andere Lebensposition wider.

Diagramm 7: *Gewaltanwendung gegen Menschen mit Behinderungen*
(Angaben in Prozent)

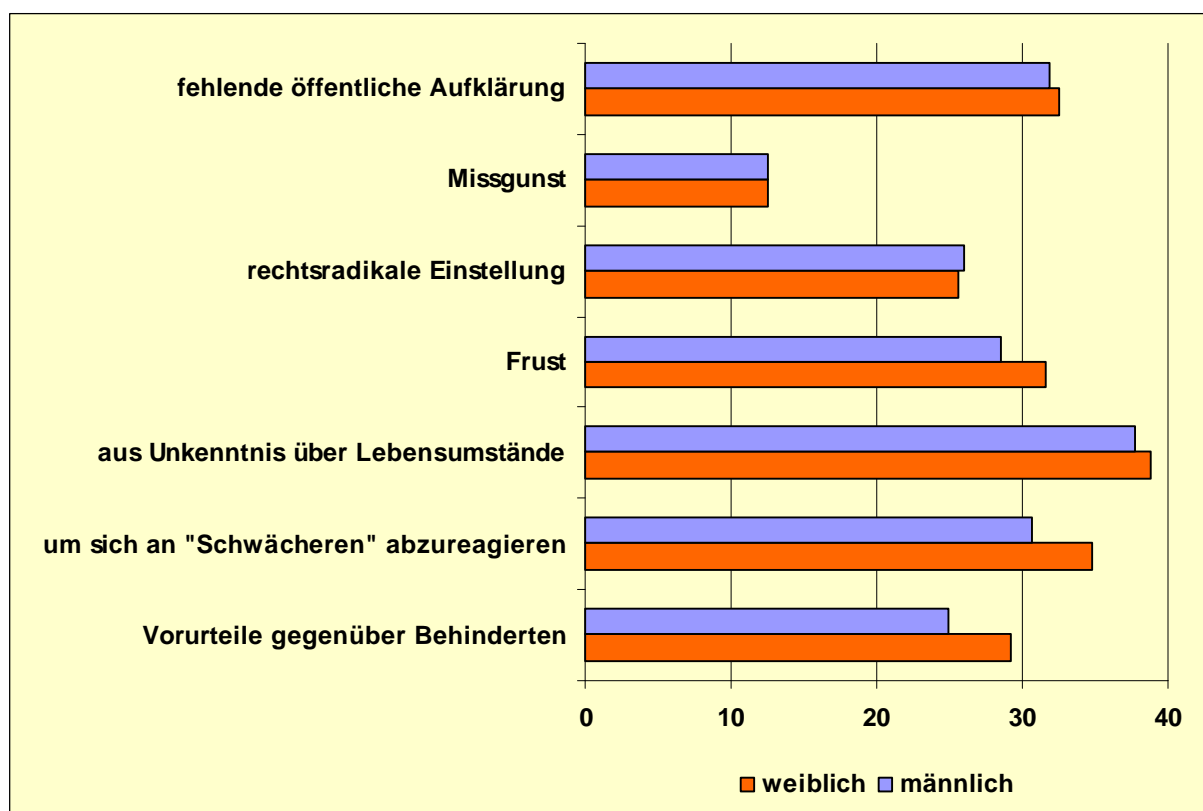


Quelle: Behindertenreport, 2001

Gegenstand der Erhebungen waren auch die Erfahrungen und Meinungen von Schwerbehinderten zum Problemkreis der Gewalt gegen Behinderte². Die Mehrheit aller befragten Frauen und Männer gaben dabei an, noch nie Gewalt durch Nichtbehinderte erfahren zu haben (Frauen: 79,9 Prozent, Männer: 77,4 Prozent). Immerhin 4,4 Prozent aller schwerbehinderten Frauen und 3,2 Prozent der Männer, meinten jedoch, schon oft Gewalt durch Nichtbehinderte erlebt zu haben.

Als Ursachen für Gewaltanwendung gegen Menschen mit Behinderungen werden verschiedene Faktoren geltend gemacht. Neben dem Wirken von Vorurteilen (trifft zu = 26,9 Prozent; trifft teilweise zu = 27,2 Prozent) wird das Abreagieren an Schwächeren benannt (32,6 Prozent; 26,5 Prozent), Unwissenheit (38,3 Prozent; 26,3 Prozent), Frust (30,0 Prozent; 26,8 Prozent), rechtsradikale Einstellungen (25,6 Prozent; 23,5 Prozent), Missgunst (12,5 Prozent; 22,9 Prozent) und fehlende öffentliche Aufklärung (32,2 Prozent; 30,0 Prozent) kommen nach Einschätzung der betroffenen Frauen und Männer gleichfalls als Gründe in Betracht.

Diagramm 8: Ursachen für Gewaltanwendung gegen Menschen mit schweren Behinderungen (Angaben in Prozent)

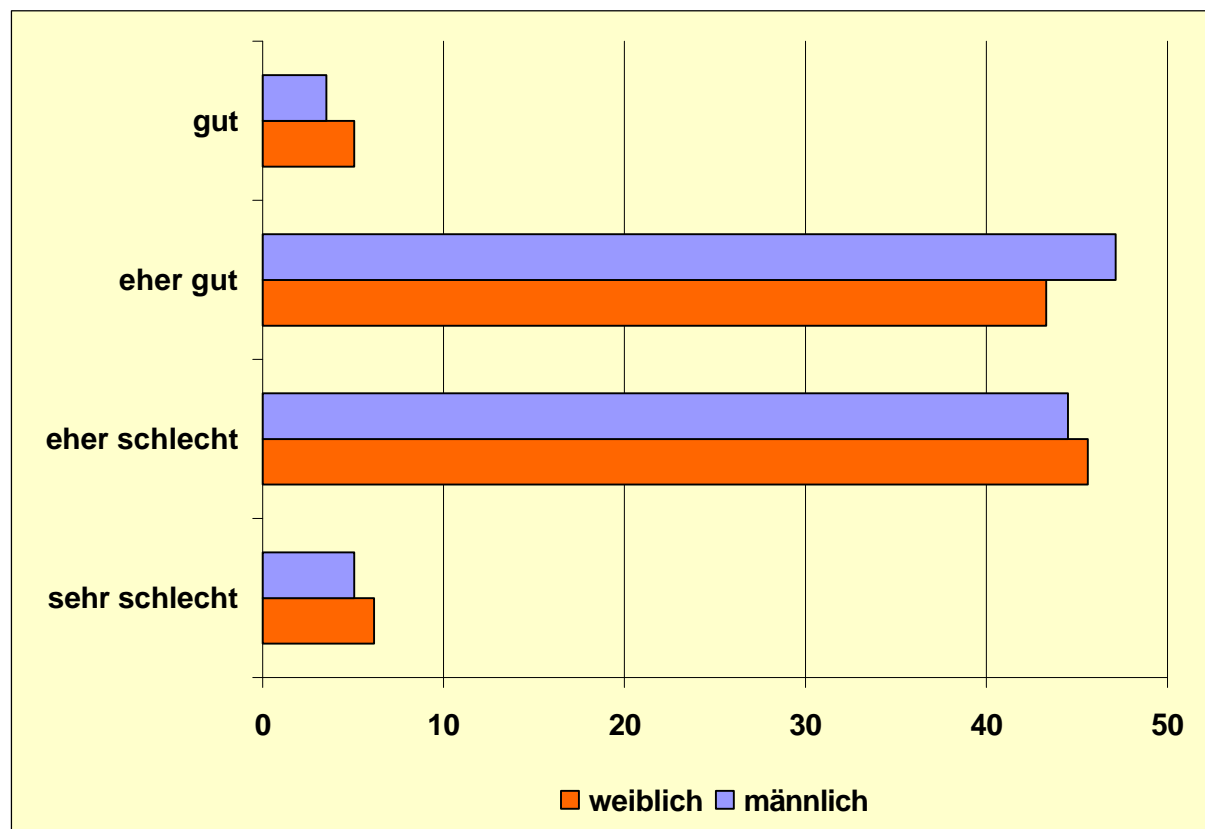


Quelle: Behindertenreport, 2001

² Es ist darauf hinzuweisen, dass Gewalt hier nicht nach verschiedenen Formen z.B. körperlicher oder sexueller Gewalt unterschieden wurde. Andererseits ist darauf aufmerksam zu machen, dass bundesweit noch keine empirische Datenbasis existiert, die realistische Einschätzungen zu den einzelnen Formen von Gewalt gegen Behinderte zulässt. ExpertInnen gehen jedoch davon aus, dass behinderte Mädchen und junge Frauen häufiger Opfer eines Sexualdeliktes werden, als nicht behinderte Mädchen und Frauen; ein Fakt, dem in künftigen Untersuchungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Die Rolle der Medien wird dabei kritisch reflektiert. Mehr als die Hälfte der befragten Personen schätzt deren Leistung bei der Vermittlung von Verstehenszugängen eher schlecht oder sehr schlecht ein.

Diagramm 9: Vermittlung von Verständnis für das Leben behinderter Frauen und Männer durch die Medien (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Zugleich macht die Befragung deutlich, dass es auch positive und hoffnungsvolle Sozialerfahrungen im Kontakt zwischen Behinderten und Nichtbehinderten gibt. 60,0 Prozent der Schwerbehinderten erleben oft Hilfsbereitschaft oder erfahren andere Formen der aktiven Unterstützung (43,3 Prozent). Behandlung als gleichwertige PartnerInnen nehmen 54,1 Prozent oft wahr; 39,3 Prozent haben eher selten diesen Eindruck. Frauen und Männer unterscheiden sich in Bezug auf diese Einschätzungen nicht signifikant.

Als ein wesentlicher Aspekt der lebensweltbezogenen Untersuchung wurde auch die subjektive Einschätzung erhoben, ob die Schwerbehinderten geschlechtsabhängige Vor- oder Nachteile in der Lebenssituation erkennen. Die Ergebnisse zeigen nur geringfügige Unterschiede. Von allen Schwerbehinderten meinten 3,6 Prozent, dass die Bedingungen eher für Frauen besser wären, während 4,7 Prozent äußerten, dass Männer diesbezüglich im Vorteil wären und mit 91,7 Prozent die Mehrzahl feststellte, dass die Bedingungen für beide annähernd gleich sind. Interessant war in Verbindung damit, dass 5,2 Prozent der weiblichen Schwerbehinderten die Lebensbedingungen für Frauen als besser bewerteten (Männer: 2,1 Prozent) und 4,0 Prozent der männlichen Schwerbehinderten das eigene Geschlecht im Vorteil

sahen (Frauen: 5,6 Prozent). Von allen berufstätigen Schwerbehinderten sehen 5,3 Prozent die Männer und 3,1 Prozent die Frauen im Vorteil. 91,6 Prozent halten die Bedingungen für gleich. Ähnlich sind die Resultate bei den befragten Personen, die nicht berufstätig sind (4,7 Prozent; 3,8 Prozent; 91,5 Prozent). Diese überraschende Bilanz ist sicher auch methodenabhängig, da im Rahmen einer nur global möglichen Fragestellung nicht auf spezielle Problemlagen (Doppelbelastung Haushalt/Beruf; Anteil bei der Erziehung der Kinder) eingegangen werden konnte.

Beratung, Betreuung und Begleitung aus der Sicht der Betroffenen

Die Maßnahmen und Angebote der Behindertenhilfe (i.w.S.) sind zweifelsfrei wesentliche Faktoren bei der Sicherung von Lebensqualität für behinderte MitbürgerInnen. Die notwendigen Strukturen sind vielfältig und umfassen diverse Ämter ebenso wie medizinisch-therapeutische Leistungen. Es war ein Ziel der Studie, die Sicht der NutzerInnen auf solche Leistungsangebote differenzierter zu erheben und Erfahrungen zu erfassen. Im Folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse erläutert werden, wobei zwischen dem Niveau der Informiertheit und den praktischen Erfahrungen bei der Bewältigung von Anforderungen unterschieden wird.

So zeigen sich die schwerbehinderten Menschen über Rehabilitations- und Therapiemaßnahmen und –möglichkeiten nur zu 20,0 Prozent gut informiert, 32,4 Prozent meinen eher schlecht informiert zu sein. Noch deutlicher fällt das Defizit aus, wenn die Rechte Behinderter im öffentlichen Leben angefragt werden (gut informiert = 13,7 Prozent; schlecht informiert = 35,7 Prozent). Eher gering sind die Kenntnisse der Schwerbehinderten über das Leistungsspektrum von Beratungsstellen, über die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle (jetzt: Integrationsamt) und über Möglichkeiten des Gesundheitsamtes. Deutlich besser reflektiert werden hingegen die operativen Möglichkeiten der Ämter für Versorgung und Soziales sowie der Kranken- und Pflegekassen sowie anderer Versicherungsträger.

Es erscheint sehr bedenklich, dass nur 7,1 Prozent der Befragten über die Rolle der Schwerbehindertenvertretung in Unternehmen gut informiert sind und auch nur 8,6 Prozent sich teilweise informiert zeigen. Zwar liegen die Werte bei den berufstätigen Schwerbehinderten höher (12,9 Prozent gut informiert; 16,5 Prozent teilweise informiert), doch fühlen sich auch in dieser Gruppe 70,5 Prozent schlecht oder gar nicht informiert. Es bedarf keiner umfangreichen Argumentation, um den Zusammenhang mit Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung von Rechten im Arbeitsleben aufzuzeigen. In einem spürbaren Umfang tragen Selbsthilfegruppen zur lebensrelevanten Information Behinderter bei, noch stärker aber funktioniert offenkundig der Informationsaustausch mit anderen Behinderten. Auch ÄrztInnen und Verwandte sind VermittlerInnen von Wissen und BeraterInnen in Entscheidungsprozessen. Den Medien allerdings wird nur von 12 Prozent der Befragten eine gute Informationsfunktion zuerkannt. Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich des Informationsgrades und der Informationsquellen waren nicht erkennbar.

Informiertheit und alltagsrelevantes Wissen erlangen erst dann ihre steuernde Wirkung, wenn sie zur selbständigen Bewältigung von Anforderungen beitragen. Auch zu diesen Sachverhalten vermittelt die Befragung differenzierte Ergebnisse. So sind die Mobilitätswerte in vielen Bereichen im Vergleich zu 1993 gestiegen. 67,2 Prozent können allein mit der Bahn reisen, 71,9 Prozent allein andere Verkehrsmittel benutzen, 87,2 Prozent ohne Hilfe Straßen überqueren. Der Zugang zu öffentlichen Gebäuden ist 1,7 Prozent der Befragten aufgrund von architektonischen Barrieren verwehrt bzw. 12,8 Prozent nur mit Hilfe möglich. Ähnlich liegen die Aussagen, die sich auf Gaststätten und Hotels beziehen.

Tabelle 4: Bewältigung von Alltagssituationen (Angaben in Prozent)

Bewältigung von Situationen	weiblich				männlich			
	unmöglich	nur mit Hilfe möglich	allein möglich	weiß nicht / trifft nicht zu	unmöglich	nur mit Hilfe möglich	allein möglich	weiß nicht / trifft nicht zu
Reisen mit der Bahn	17,1	37,2	38,1	7,5	8,3	30,5	49,9	11,2
Benutzung anderer öffentl. Verkehrsmittel	11,4	33,8	50,4	4,3	6,7	25,9	58,6	8,8
Straßenüberquerung	4,6	25,6	68,2	1,6	1,5	16,3	80,0	2,2
Betreten öffentlicher Gebäude	4,6	27,0	65,9	2,5	2,6	19,4	75,8	2,2
Besuch von Gaststätten/Hotels	7,0	28,3	56,1	8,6	3,9	21,3	65,3	9,5
Einkaufen	8,8	39,7	49,8	1,6	3,9	27,7	65,3	3,1
Besuch/Nutzung kultureller Einrichtungen	10,6	29,7	46,9	12,8	7,6	23,1	57,9	11,3
Arztbesuch	3,5	33,7	62,3	0,5	2,0	22,7	74,4	0,9

Quelle: Behindertenreport, 2001

Diese positiven Mobilitätserfahrungen dürfen jedoch nicht zu der Annahme (ver-)führen, dass alle technischen Hindernisse behoben sind. Etwa ein Fünftel der Befragten hat noch immer gravierende Schwierigkeiten, wobei für Frauen in nahezu allen Punkten signifikant mehr Probleme nachgewiesen werden können als für Männer, ein Fakt, dem in vertiefenden Analysen weiter nachgegangen werden sollte. Schwierigkeiten in der dargestellten Art würden sich noch massiver zeigen, wenn man den Focus auf schwerstmehrfachbehinderte MitbürgerInnen richtete.

Die empirischen Erhebungen umfassen auch Fragestellungen, die den Bedarf an Unterstützung in der Lebensbewältigung (Alltagspraxis) anzielen.

So benötigen und erfahren beim Einkauf 26,9 Prozent, bei Ämtergängen 31,2 Prozent, im Haushalt 33,9 Prozent, beim Arztbesuch 25,6 Prozent, in der Freizeitgestal-

tung 25,6 Prozent und bei der Urlaubsgestaltung 34,0 Prozent der berufstätigen und nichtberufstätigen Schwerbehinderten Unterstützung in unterschiedlichem Umfang. In diesem Assistenzbedarf unterscheiden sich berufstätige Schwerbehinderte sehr deutlich von nichtberufstätigen Personen mit schweren Behinderungen. Die erste Gruppe bedarf der Unterstützung bei Ämtergängen in einer Größenordnung von 31,1 Prozent, im Haushalt mit 33,8 Prozent und bei Arztbesuchen mit 25,5 Prozent. In der zweiten Gruppe steigt der Assistenzbedarf – unabhängig vom Geschlecht - ganz deutlich (Ämtergänge = 45,1 Prozent, Haushalt = 52,0 Prozent, Arztbesuch = 41,2 Prozent).

In diesen exemplarischen Werten spiegeln sich unterschiedliche Zusammenhänge wider, vor allem mit dem Grad der Behinderung, dem Lebensalter und der aktiven Lebensposition.

Der erkennbare hohe Bedarf an Beratung, Unterstützung und Begleitung, vor allem auch im Zusammenhang mit medizinisch-therapeutischen Hilfen, steht im Widerspruch zu dem eher bescheidenen Niveau der Information auf diesem Gebiet (s.o.). Es ist deshalb nicht überraschend, wenn auch die subjektive Reflexion erfahrener Hilfen kritisch ausfällt.

So sind immerhin 23,4 Prozent der Befragten mit der medizinisch-therapeutischen Hilfe nicht zufrieden; das gesamte Betreuungs- und Beratungsangebot schätzen nur 26,0 Prozent als zufriedenstellend ein, während es 29,2 Prozent für unbefriedigend halten. Frauen zeigen sich dabei signifikant unzufriedener als Männer (Frauen 25,9 Prozent, Männer 21,0 Prozent), ein Fakt, der in der künftigen Angebotsgestaltung besondere Berücksichtigung verdient. Im Vergleich zu den Erhebungen im Jahr 1993 haben sich die Sichten auf therapeutische Angebote und Hilfen insgesamt erkennbar positiv verändert. Es bleiben jedoch große Defizite hinsichtlich der Transparenz und Erreichbarkeit von Maßnahmen der Behindertenhilfe.

Zum Aspekt von Eigenaktivität und Selbsthilfe sollen die folgenden Feststellungen getroffen werden:

Die befragten schwerbehinderten Menschen zeigen nicht nur eine kritische Reflexion von Problemen ihrer Lebenssituation. Sie entwickeln allmählich auch eine Grundhaltung, die auf die eigene Rolle bei der Lebensgestaltung zielt und offensiver auf Möglichkeiten der Selbstinformation und Selbsthilfe abstellt. Das wird an einigen Daten der Erhebung deutlich. So sehen sich 23,5 Prozent bereits durch Selbsthilfegruppen gut oder doch teilweise informiert (Frauen: 24,7 Prozent, Männer: 22,4 Prozent). Die Kommunikation innerhalb der Gruppe Betroffener halten 49,2 Prozent für wesentlich (Frauen: 49,4 Prozent, Männer: 48,8 Prozent), um Ansprüche zu klären und Interessen durchzusetzen.

Es wird deutlich, dass sich eine bejahende Lebensposition der Mehrheit herausgebildet hat (Nutzung aller Möglichkeiten trotz Behinderung bekräftigen uneingeschränkt oder doch bedingt 87,4 Prozent aller Befragten). Interessant und wichtig ist die Tatsache, dass viele Schwerbehinderte bekunden, die Dinge des Lebens aufmerksamer zu betrachten und daraus Lebensqualität zu gewinnen.

Tabelle 5: Aussagen zur Lebenssituation (Angaben in Prozent)

Aussagen	weiblich				männlich			
	trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	weiß nicht	trifft zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	weiß nicht
höhere Lebensqualität durch aufmerksamere Betrachtung der Dinge im Leben	39,4	33,5	20,2	7,0	39,4	34,2	19,6	6,8
gleicher Kontakt zu Menschen seit der Behinderung wie vorher	52,2	21,6	23,9	2,2	54,3	21,8	20,7	3,2

Quelle: Behindertenreport, 2001

Schließlich kann man festhalten, dass sich die Kontaktsituation nach dem Eintritt der Behinderung für 53,3 Prozent nicht negativ verändert hat bzw. für 21,7 Prozent nur in begrenztem Umfang (vgl. Tabelle 5). Diese Befragungsergebnisse sind zumindest Hinweise auf Tendenzen einer selbstbewussten Reflexion der Lebenslage, die nicht nur aus den verbesserten materiellen und finanziellen Ressourcen (s. o.) erklärt werden können. Allerdings relativiert sich die Sicht auf Tendenzen der Selbstbemächtigung (des Empowerments), wenn man das Niveau der Selbstorganisation betrachtet. Von den befragten berufstätigen Menschen mit schweren Behinderungen sind nur 5,5 Prozent Mitglied einer Selbsthilfegruppe bzw. 13,2 Prozent Mitglied eines Behindertenverbandes. Für nicht berufstätige Schwerbehinderte belegen die Erhebungen für 8,4 Prozent die Zugehörigkeit zu einer Selbsthilfegruppe und für 10,1 Prozent die Mitgliedschaft in Behindertenverbänden. In Selbsthilfegruppen sind Frauen (10,1 Prozent) stärker vertreten als Männer (6,2 Prozent), während jeweils 11 bzw. 10 Prozent aller Frauen und Männer Behindertenverbänden oder –vereinen angehören. Diese Werte haben sich im Vergleich zu 1993 nicht progressiv verändert.

Es stellt sich daher u. a. die Frage, wie die Interessenvertretungen der Behinderten die Gruppen der Betroffenen und deren reale Interessen und Bedürfnissen noch besser erreichen können. Auch hier sollte geprüft werden, woher die ermittelten geschlechtsspezifischen Unterschiede rühren bzw. ob es die vorhandenen Strukturen in den genannten Institutionen sind oder unterschiedliche Interessenlagen bei Frauen und Männern, die zu den dargestellten Differenzen führen.

Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen

Bereits bei der Beschreibung des befragten Personenkreises wurde deutlich, dass der überwiegende Teil nicht berufstätig ist.

Diese Feststellung bedarf einer Einordnung, damit keine Fehlinterpretationen entstehen. So können aufgrund von Behinderungen 27,3 Prozent der Befragten (Frauen: 25,7 Prozent, Männer: 28,9 Prozent) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Arbeitslosigkeit im engeren Sinne geben 5,9 Prozent an (Frauen: 5,6 Prozent, Männer: 6,4 Prozent), ca. 1 Prozent befindet sich im Vorruhestand und 49,5 Prozent nehmen Altersrente in Anspruch (Frauen: 52,4 Prozent, Männer: 46,5 Prozent). Es ist anzunehmen, dass viele der Schwerbehinderten trotz starker Ausprägung des Handicaps (23,7 Prozent, s. o.) auf geeigneten Arbeitsplätzen einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnten. In dieser Strukturierung der Nichtberufstätigkeit spiegeln sich auch subjektive Erklärungen für die schwierige Lebenslage wider.

Wenn im Folgenden differenzierter über die Sachverhalte der Arbeitsfähigkeit von Menschen mit schweren Behinderungen berichtet wird, dann konzentriert sich die Darstellung vor allem auf jene postalisch Befragten, die sich in einem Arbeitsverhältnis befanden (13,7 Prozent). Die Wiedergabe ausgewählter Daten konzentriert sich dabei auf die Art der Berufstätigkeit, auf die Beschäftigungsform, auf die Zufriedenheit in der beruflichen Tätigkeit, auf Arbeitsmotive, Rahmenbedingungen der Berufstätigkeit sowie auf Aspekte der Qualifikation.

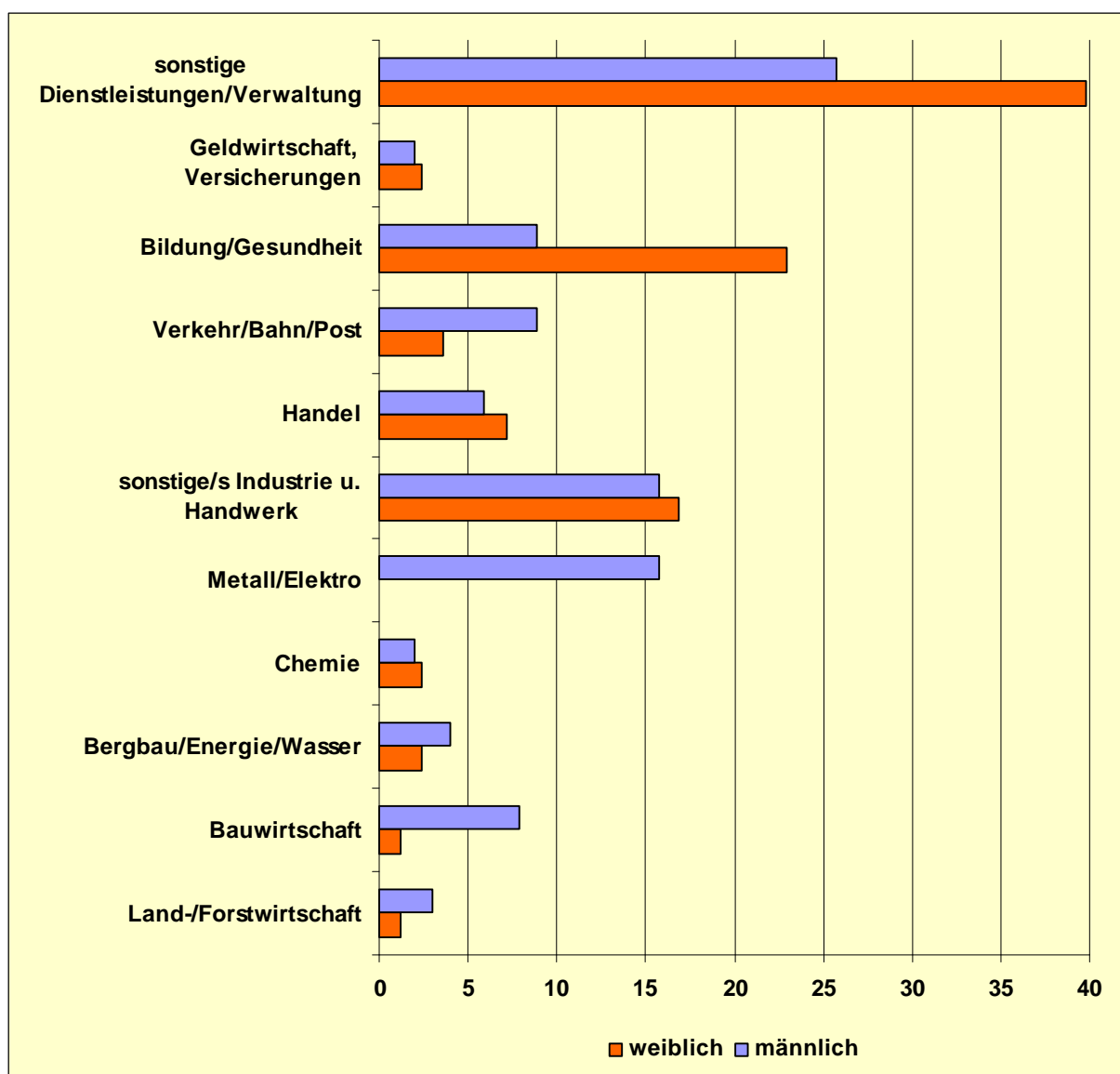
Hinsichtlich der Geschlechterverteilung lässt die Befragung deutlich werden, dass die männlichen Schwerbehinderten mit größerer Häufigkeit in Arbeitsverhältnissen sind (männlich = 54,9 Prozent, weiblich = 45,1 Prozent). Dieser statistische Unterschied ist größer als in der Geschlechterverteilung der Gesamtstichprobe (50,7 Prozent: 49,3 Prozent). Er weist auf die größeren Schwierigkeiten für Frauen in Prozessen der beruflichen Integration hin.

Arten der Berufstätigkeit

Von den berufstätigen Schwerbehinderten sind 93,3 Prozent nicht selbständig tätig, während 6,7 Prozent eine selbständige Tätigkeit ausüben. Der Anteil selbständig tätiger Frauen liegt mit 2,9 Prozent deutlich unter dem der selbständigen Männer (9,8 Prozent). In der Privatwirtschaft arbeiten 56,6 Prozent (43,0 Prozent aller Frauen, 66,7 Prozent aller Männer), im öffentlichen Dienst (bzw. gleichgestellten Einrichtungen) sind 43,4 Prozent (57,0 Prozent aller Frauen, 33,3 Prozent aller Männer) der berufstätigen Schwerbehinderten beschäftigt.

Die differenzierte Zuordnung zu Branchen zeigt das nachfolgende Diagramm:

Diagramm 10: Anteile der Beschäftigung in Branchen (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Im Unterschied zur Erhebung im Jahre 1993 wird erkennbar, dass die Beschäftigungsanteile in Industrie/Handwerk deutlich gewachsen sind (von 29,0 Prozent auf addierte 35,4 Prozent). Überproportional hoch ist der Anteil von Frauen in den Branchen Bildung/Gesundheit sowie sonstige Dienstleistungen/Verwaltung, während Männer verstärkt in der Bauwirtschaft und der Metall-/Elektrobranche tätig sind.

Beschäftigungsformen

In der postalischen Befragung gaben 58,7 Prozent an, vollbeschäftigt zu sein, 19,6 Prozent waren teilzeitbeschäftigt und 4,7 Prozent gaben an, geringfügig beschäftigt zu sein. Traditionelle Formen von Heimarbeit wurden nicht ausgeübt, eine befragte

Person gab an, Telearbeit auszuführen und 2,6 Prozent der Befragten befanden sich in einer beruflichen Ausbildung.

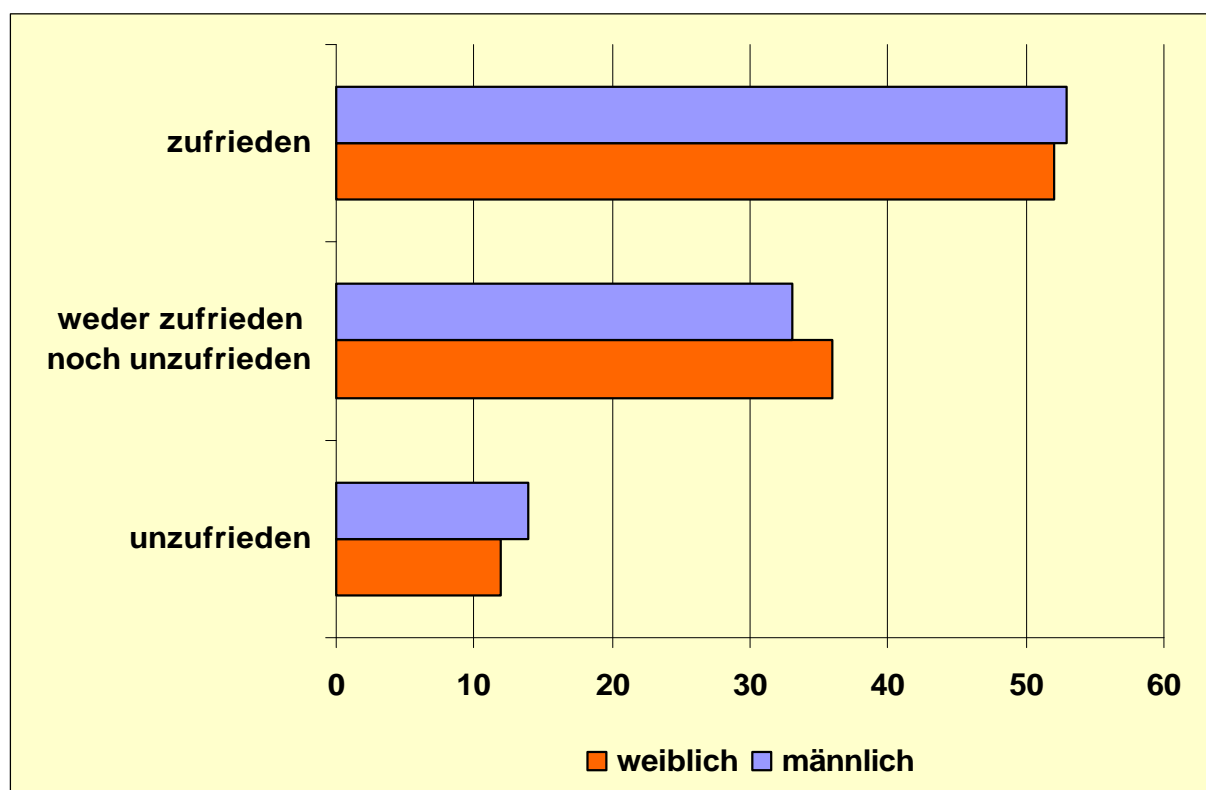
Von allen Vollbeschäftigten waren 44,4 Prozent Frauen und 65,6 Prozent Männer, während sich die Teilzeitbeschäftigten zu 54,2 Prozent aus Frauen und zu 45,8 Prozent aus Männern zusammensetzten.

Insgesamt 19,4 Prozent aller berufstätigen Behinderten gaben an, einer Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte nachzugehen. Von besonderem Interesse ist auch die Sicht der Schwerbehinderten auf die Dauerhaftigkeit ihres Arbeitsverhältnisses. So gaben zwar nur 6 Prozent an, ein befristetes Arbeitsverhältnis zu haben, aber auch nur 29,8 Prozent beantworteten die gesondert gestellte Frage nach einem unbefristeten Arbeitsverhältnis positiv. Zwischen Frauen und Männern waren diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede auszumachen.

Zufriedenheit mit der Arbeits- bzw. Berufstätigkeit

Mit der Analyse wurde versucht, über sehr unterschiedliche, differenzierte Fragestellungen möglichst genaue Informationen zur Arbeitszufriedenheit zu erhalten. Ausgewählte Befunde sollen im Folgenden dargestellt werden.

Diagramm 11: Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Die allgemeinen Zufriedenheitswerte liegen relativ hoch, übertreffen jene des Behindertenreports von 1993 jedoch nicht wesentlich. Männer sind dabei etwas unzufriedener als Frauen, wobei es sich jedoch nicht um einen signifikanten Unterschied handelt.

Die Antworten auf die Fragen nach dominierenden Arbeitsmotiven nennen die Existenzsicherung (72,0 Prozent), das Kontaktbedürfnis (63,3 Prozent), die Sinnperspektive (64,5 Prozent) und den Nachweis eigener Leistungsfähigkeit (39,7 Prozent) noch vor dem Motiv einer hohen Einkommenserwartung (39,3 Prozent). Dies gilt für Frauen und Männer in annähernd gleicher Ausprägung. Deutlich wird daran, dass Arbeit (vor allem) auch für Schwerbehinderte mehr als ein Prozess der Wertschöpfung und Existenzsicherung ist.

Tabelle 6: Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen (Angaben in Prozent)

Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen	weiblich				männlich			
	zufrieden	weder zufrieden noch unzufrieden	unzufrieden	weiß nicht / trifft nicht zu	zufrieden	weder zufrieden noch unzufrieden	unzufrieden	weiß nicht / trifft nicht zu
Beziehungen zu Kollegen	80,6	13,3	2,0	4,1	75,4	14,9	4,4	5,3
Inhalt der Arbeit	68,4	27,6	3,1	1,0	66,1	26,1	5,2	2,6
Verhältnis zwischen Kollegen und Vorgesetzten	57,7	27,8	10,3	4,1	65,2	20,0	10,4	4,3
Sicherheit der Arbeitsplätze von Behinderten	44,9	18,4	15,3	21,4	43,5	20,9	8,7	27,0
behindertengerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes	37,4	26,3	17,2	19,2	41,2	18,4	7,9	32,5
Bezahlung	35,7	35,7	23,5	5,1	28,7	40,0	27,8	3,5
soziale Einrichtungen	30,2	30,2	17,7	21,9	37,7	21,9	7,0	33,3
Interessenvertretung Behinderter	29,9	16,5	23,7	29,9	29,8	18,4	15,8	36,0
Qualifizierungsmöglichkeiten für Behinderte	18,6	17,5	23,7	40,2	14,9	21,9	18,4	44,7

Quelle: Behindertenreport, 2001

Ein Blick auf die Befragungsergebnisse zu den Arbeitsbedingungen lässt erkennen, wie unterschiedlich bestimmte Erwartungen erfüllt sind. Eine hohe Zufriedenheit ist beispielsweise mit 67,1 Prozent hinsichtlich der Arbeitsinhalte gegeben. Ähnliches

gilt für die Beziehungen zu den Kollegen (77,8 Prozent) oder für die Bewertung der sanitären Einrichtungen unter dem Aspekt der behindertengerechten Ausstattung (63,5 Prozent). Auch die Möglichkeit zur Anwendung individueller Fähigkeiten wird noch positiv reflektiert (50,0 Prozent zufrieden). Kritische Werte bilden sich ab, wenn die Interessenvertretung Behinderter bewertet wird (19,4 Prozent unzufrieden), wenn Qualifizierungsmöglichkeiten für behinderte ArbeitnehmerInnen angefragt sind (16,1 Prozent unzufrieden) oder der Umfang der Beachtung von Vorschlägen und Kritiken bewertet wird (20,9 Prozent unzufrieden). Die Entlohnung findet bei 31,9 Prozent der Befragten Zustimmung, 38,0 Prozent sind damit weder zufrieden noch unzufrieden, aber immerhin 25,8 Prozent unzufrieden.

Im Vergleich zu der Erhebung von 1993 ergeben sich in einigen Bereichen Veränderungen. So ist die Zufriedenheit mit der Interessenvertretung Behinderter immerhin von 20,8 Prozent auf 29,9 Prozent gestiegen. Die Unzufriedenheit mit sozialen Einrichtungen ist deutlich gesunken (von 31,0 Prozent auf 11,9 Prozent).

In der Aussage, ob der Arbeitsplatz behindertengerecht ausgestattet ist, konnten 1993 schon 26,1 Prozent aller Behinderten positiv antworten. In der Befragung des Jahres 2001 ist dieser Wert auf 39,4 Prozent gestiegen und nur 12,2 Prozent schätzten ihren Arbeitsplatz als ungeeignet ein. Es stellt ein beachtliches Resultat dar, wenn 64,0 Prozent der Befragten einschätzen können, dass die ausgeübte Tätigkeit ihrer Qualifikation entspricht. Die Frage nach dem Wunsch, eine andere Tätigkeit auszuüben, wird mit 67,6 Prozent negativ beschieden. Auch dieser Befragungswert liegt deutlich über dem von 1993 (50,7 Prozent) und zeigt eine höhere Identifikation mit dem Arbeitsplatz. 75,8 Prozent fühlen sich mit ihrer Arbeitstätigkeit richtig ausgelastet. Insgesamt lässt der Vergleich mit den Befragungsergebnissen des Jahres 1993 durchaus eine positive Entwicklung erkennen, sofern es bestehende Arbeitsverhältnisse behinderter Menschen betrifft. Diese Tendenz ist jedoch leider nicht festzustellen, wenn man die Arbeitslosigkeit Behinderter betrachtet: Diese ist, verglichen mit derjenigen nichtbehinderter Menschen, immer noch überproportional hoch. Die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen lässt – sofern man aus der Betrachtung die Antworten „weiß nicht“ ausblendet – bis auf ein Merkmal keine signifikanten Unterschiede zwischen Frauen und Männern erkennen. So sind Frauen mit den „sozialen Einrichtungen im Betrieb“ unzufriedener als Männer (Frauen: 22,7 Prozent, Männer: 10,2 Prozent), was nicht zuletzt auf ein diesbezüglich unterschiedliches Anspruchsniveau zurückzuführen ist.

Rahmenbedingungen beruflicher Tätigkeit

Bereits in den beschriebenen Sachverhalten bilden sich äußere Bedingungen für Arbeit und Beruf ab. Ohne eine Sicherung der Arbeitsplatzausstattung und der innerbetrieblichen Wege und Zufahrten zum Arbeitsort lassen sich die Probleme der Arbeitswelt für Menschen mit schweren Behinderungen nicht zufriedenstellend lösen.

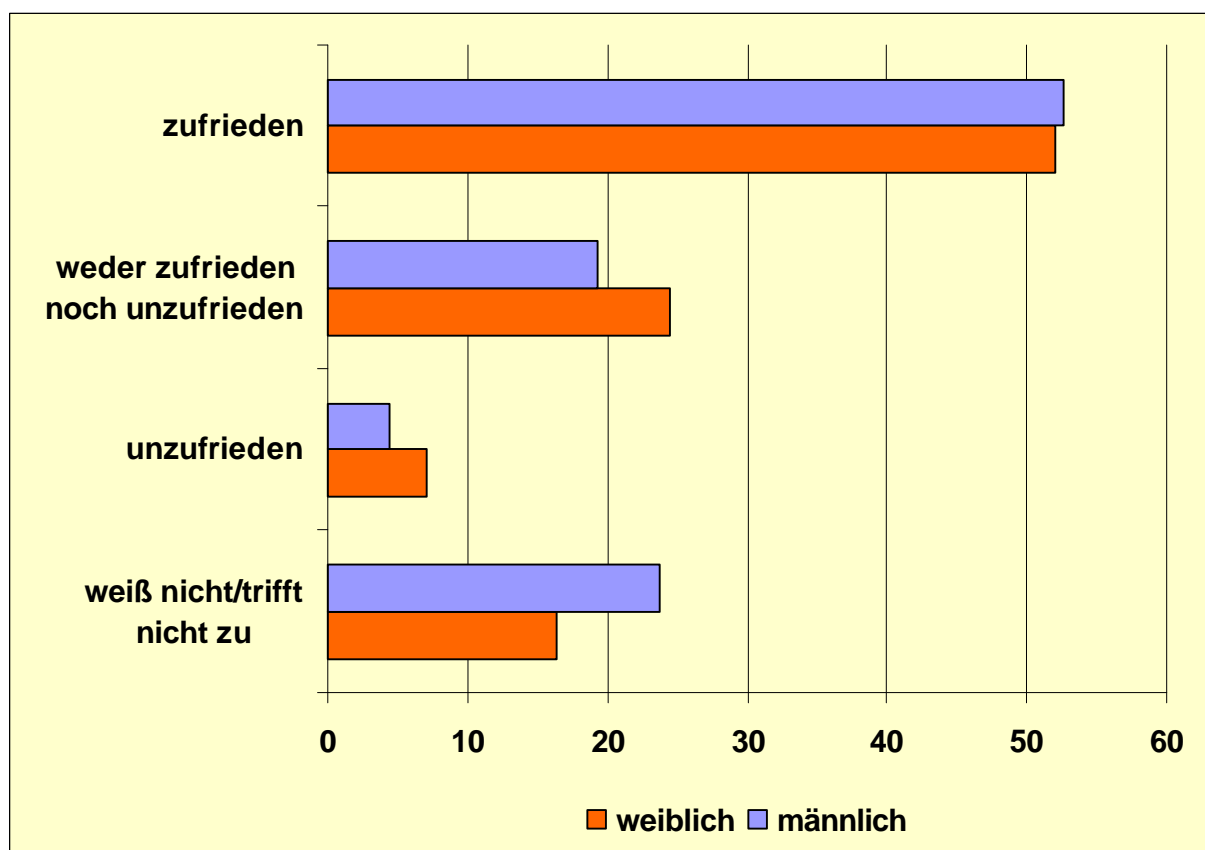
Es ist deshalb durchaus folgerichtig, wenn die Befragungen auch explizit Aussagen zu solchen Rahmenbedingungen anstreben.

Eine entscheidende Größe, nämlich die behindertengerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes, haben wir bereits reproduziert. Zufrieden waren 39,4 Prozent, unentschieden 22,1 Prozent und unzufrieden 12,2 Prozent. Für 26,3 Prozent der Befragten traf diese Fragestellung nicht zu, weil die Art ihrer Behinderung keine äußere Veränderung der Bedingungen erfordert.

Die Wege im Betrieb stellen aufgrund ihrer mobilitätsrelevanten Anforderungen ein weiteres Kriterium für die Qualität von Rahmenbedingungen dar.

In der Erhebung signalisieren 52,4 Prozent der Schwerbehinderten, damit keine Probleme zu haben. 21,7 Prozent sind weder zufrieden noch unzufrieden, 5,7 Prozent unzufrieden. Für 20,3 Prozent erscheint dieses Problem als irrelevant. Diese Werte lassen erkennen, dass die innerbetrieblichen Bewegungsräume und –bedingungen weitgehend zufriedenstellend gestaltet sind.

Diagramm 12: Zufriedenheit mit den Wegen im Betrieb (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Ein Blick auf die Entfernungen zum Arbeitsplatz, die sich bei Frauen und Männern nicht signifikant unterscheiden, lässt deutlich werden, dass 81,1 Prozent der Befragten einen Weg zur Arbeit haben, der zwischen 0 und 30 km beträgt, wobei die Distanz zwischen 1 und 5 km mit 29,9 Prozent den größten Anteil ausmacht.

Extreme Arbeitswege von 100 km und mehr nehmen 13 der befragten Schwerbehinderten (6,5 Prozent) in Kauf. Aus diesen Distanzwerten lässt sich nicht der Schluss ableiten, dass Schwerbehinderung besondere Anfahrtszumutungen bedingt. Zugleich kann aber auch die Forderung nach einem zumutbaren Maß an Mobilität als Aspekt von Normalisierung formuliert werden.

Dieser Mobilitätsaspekt findet seinen Niederschlag, wenn man die Verkehrsmittel betrachtet, mit denen die schwerbehinderten Menschen den Weg zur Arbeit zurücklegen. 46,0 Prozent benutzen das eigene Kraftfahrzeug (Frauen: 42,9 Prozent, Männer: 47,9 Prozent), 21,5 Prozent öffentliche Verkehrsmittel (einschließlich Taxi) (Frauen: 21,5 Prozent, Männer: 21,4 Prozent), 14,9 Prozent gehen zu Fuß (Frauen: 20,4 Prozent, Männer: 10,3 Prozent), 9,3 Prozent fahren mit dem Rad (Frauen: 8,2 Prozent, Männer: 10,3 Prozent), 7,4 Prozent werden abgeholt bzw. gebracht (Frauen: 7,1 Prozent, Männer: 7,7 Prozent) und 0,9 Prozent benutzen den elektrischen Rollstuhl (Frauen: 0,0 Prozent, Männer: 1,7 Prozent).

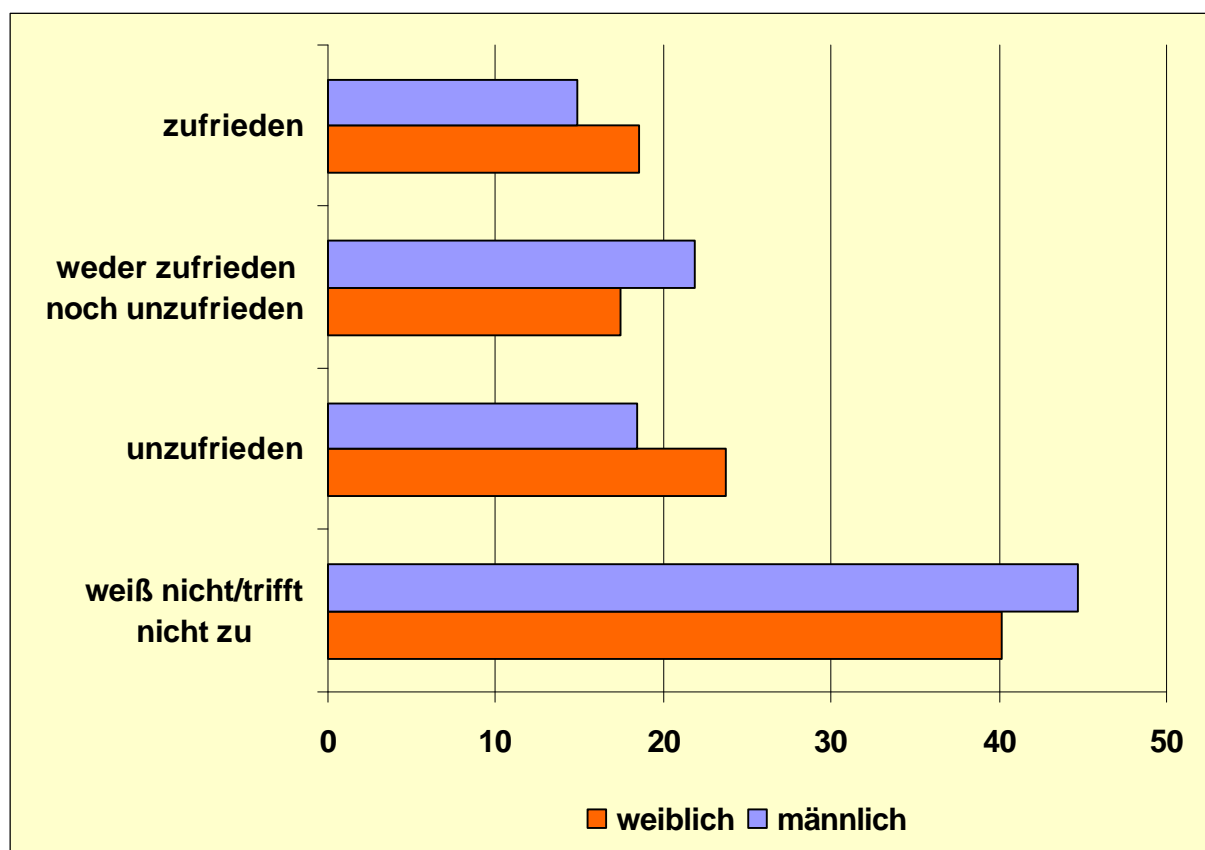
Diese Verteilung hat sich im Vergleich zu 1993 spürbar verändert, was in der Zunahme der PKW-Benutzung und in der Abnahme der Fußgänger seinen Ausdruck findet. Zugleich korrelieren diese veränderten Formen der Wegbewältigung mit einer leichten Zunahme der Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsort. Auffällig sind der noch immer hohe Anteil von Frauen, die zu Fuß zur Arbeit gelangen und der jeweils leicht höhere Anteil von Männern, die öfter das eigene Kraftfahrzeug, Rad oder den Rollstuhl nutzen bzw. häufiger abgeholt und gebracht werden.

Qualifikationsaspekte

In der beruflichen Rehabilitation wird immer wieder auf die Notwendigkeit hoher fachlicher Qualifikation verwiesen, wenn Arbeitstätigkeit trotz schwerer Behinderung dauerhaft ausgeübt werden soll. Die Qualifikationsstruktur der befragten berufstätigen Schwerbehinderten ist dabei durchaus vielversprechend. 45,5 Prozent verfügen über FacharbeiterInnenabschlüsse, 12,3 Prozent über MeisterInnen- oder Fachschulabschlüsse, 14,5 Prozent über eine Hochschulausbildung und nur 20,9 Prozent gelten als ungelernt bzw. angelernt. Während Frauen in größerem Umfang DDR-Fachschulabschlüsse aufweisen (Frauen: 17,0 Prozent, Männer: 9,8 Prozent), verfügen mehr Männer über einen Universitäts- bzw. Hochschulabschluss (Frauen: 12,0 Prozent, Männer: 17,9 Prozent). Bei weiterführenden Fragestellungen treten zunächst scheinbar widersprüchliche Antworten auf. So stellen einerseits 64,0 Prozent der Befragten (Frauen: 67,8 Prozent, Männer: 60,9 Prozent) fest, dass die gegenwärtige Tätigkeit ihrer Qualifikation entspricht. Nur 36,0 Prozent verneinen dies. Andererseits sind lediglich 16,6 Prozent des gleichen Personenkreises mit den Qualifizierungsmöglichkeiten für Behinderte zufrieden, 19,9 Prozent weder zufrieden noch unzufrieden, 20,9 Prozent unzufrieden und 42,7 Prozent wissen auf diese Frage keine Antwort zu geben, was auf eine geringe Ausprägung ihres Qualifikationswunsches

schließen lässt. Diese negative Verteilung, die sich bei Frauen und Männern in gleicher Weise zeigt, erwies sich 1993 als noch gravierender (24,6 Prozent waren unzufrieden).

Diagramm 13: Zufriedenheit mit den Qualifizierungsmöglichkeiten für behinderte Frauen und Männer (Angaben in Prozent)



Quelle: Behindertenreport, 2001

Allerdings können die geringfügigen Progressionen noch nicht als zufriedenstellend eingeschätzt werden. Es erscheint daher wichtig, auf die real genutzten Qualifikationsangebote in den zurückliegenden Jahren zu blicken.

So nahmen in der Zeit von 1993 bis 1996 insgesamt 6,8 Prozent der Befragten an einer Umschulung teil (Frauen: 11,3 Prozent, Männer: 3,1 Prozent), berufsbegleitende Fortbildung (mit Zertifikat) absolvierten 20,9 Prozent (Frauen: 22,6 Prozent, Männer: 19,4 Prozent), solche ohne Zertifikat 11,9 Prozent (Frauen: 9,4 Prozent, Männer: 14,0 Prozent). Die Weiterbildung in der Zeit der Arbeitslosigkeit nahmen 3,4 Prozent in Anspruch (Frauen: 4,7 Prozent, Männer: 2,3 Prozent), Weiterbildungen mit finanzieller Selbstbeteiligung beschränkten sich auf 4,7 Prozent (Frauen: 1,9 Prozent, Männer: 7,0 Prozent).

Für den Zeitraum von 1997 bis 2000 stehen die folgenden Angaben: Umschulungen 2,6 Prozent (Frauen: 5,7 Prozent, keine Männer); zertifizierte Fortbildung 12,3 Prozent (Frauen: 10,4 Prozent, Männer: 14,0 Prozent); nichtzertifizierte Fortbildung

10,6 Prozent (Frauen: 10,4 Prozent, Männer: 10,9 Prozent); Weiterbildung während Zeiten der Arbeitslosigkeit 3,0 Prozent (Frauen: 3,8 Prozent, Männer: 2,3 Prozent); Weiterbildung mit finanzieller Selbstbeteiligung 3,0 Prozent (Frauen: 0,9 Prozent, Männer: 4,7 Prozent).

Der Vergleich beider Zeiträume (1993 bis 1996 und 1997 bis 2000) lässt auf keinen Fall die Aussage zu, dass Prozesse der beruflichen Qualifikation in jüngster Zeit deutlich zugenommen hätten. Auch die Dauer solcher Bemühungen bewegt sich mehrheitlich unterhalb von 6 Monaten. Es fällt auf, dass der Anteil von Weiterbildungen mit finanzieller Selbstbeteiligung zurückgegangen ist. Besonders Frauen waren kaum in der Lage, an derartigen Weiterbildungen teilzunehmen. Während noch in der Zeit von 1993 bis 1996 mehr Frauen als Männer an einer zertifizierten Weiterbildung teilnahmen, haben sich diese Proportionen im Zeitraum 1997 bis 2000 zu Gunsten der Männer verschoben. Bei nichtzertifizierten Fortbildungen hat sich das Verhältnis – bedingt durch einen Anstieg des Frauenanteils – ausgeglichen.

Es konnte in der schriftlichen Befragung nicht hinreichend ermittelt werden, wie die Angebotsstrukturen beschaffen waren. Dennoch kann man festhalten: Im realen Qualifizierungsverhalten der schwerbehinderten ArbeitnehmerInnen gibt es deutliche Reserven. Zugleich erscheinen die Angebote als nicht ausreichend; sie gehen offensichtlich teilweise an den Bedürfnissen der Menschen mit schweren Behinderungen vorbei. Spezielle Maßnahmen zur beruflichen Integration bei besonders schweren Behinderungen wie Arbeitstraining und Arbeitserprobungen sind äußerst selten und beschränken sich in der Befragung auf Einzelfälle.

In einer abschließenden Bemerkung zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung ist darauf hinzuweisen, dass die innerhalb der Analyse ausgewiesenen geschlechtsspezifischen Besonderheiten als Querschnittsaufgabe innerhalb verschiedener Politikfelder besondere Beachtung verdienen. Auf die Tatsache, dass es zur Ursachenklärung für die verschiedentlich festgestellten Differenzen zwischen behinderten Frauen und Männer vertiefender Analysen bedarf, sei dabei noch einmal ausdrücklich aufmerksam gemacht.